
Stenographisches Protokoll

1. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XVIII. Gesetzgebungsperiode

Montag, 5. November 1990

Stenographisches Protokoll

1. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XVIII. Gesetzgebungsperiode

Montag, 5. November 1990

Tagesordnung

1. Angelobung der Abgeordneten
2. Wahl des Präsidenten, des Zweiten und des Dritten Präsidenten
3. Wahl der Schriftführer und Ordner
4. Wahl des Hauptausschusses
5. Wahl von ständigen Ausschüssen des Nationalrates

(Ergänzung der Tagesordnung, siehe bitte S. 3)

Inhalt

Nationalrat

- Entschließung des Bundespräsidenten: Einberufung des Nationalrates (S. 3)
- (1) Angelobung der Abgeordneten (S. 3 ff.)
- (2) Wahl des Abgeordneten Dr. Fischer zum Präsidenten (S. 6 ff.)
- Abschiedsansprache des Präsidenten Pöcker (S. 8)
- Antrittsrede des Präsidenten Dr. Fischer (S. 9)
- (2) Wahl des Abgeordneten Dr. Lichal zum Zweiten Präsidenten (S. 10 und S. 19)
- (2) Wahl der Abgeordneten Dr. Heide Schmidt zur Dritten Präsidentin (S. 27 f.)
- (3) Wahl der Abgeordneten Ute Apfelbeck, Auer, Dkfm. Ilona Graenitz, Dr. Keimel und Dr. Stippel zu Schriftführern (S. 28)
- (3) Wahl der Abgeordneten Alois Huber, Steinbauer, Mag. Terezija Stoisits und Ing. Tychtel zu Ordnern (S. 28)

Personalien

Verhinderung (S. 3)

Geschäftsbehandlung

Erklärung des Präsidenten Pöcker betreffend Anwesenheit eines Säuglings im Sitzungssaal (S. 3)

Ergänzung der Tagesordnung um Punkt 5: Wahl von ständigen Ausschüssen des Nationalrates (S. 3)

Unterbrechungen der Sitzung (S. 6, S. 8, S. 10 und S. 28)

Erklärung des Präsidenten Pöcker betreffend Durchführung einer Debatte anlässlich der Wahl der Präsidenten (S. 6 f.)

Anregung des Abgeordneten Voggenhuber, die Sitzung zu unterbrechen (S. 7)

Abgeordneter Wahl (S. 7)

Bundesregierung

Schreiben des Bundeskanzlers betreffend Amtsenthebung der Bundesregierung und der Staatssekretäre. Betrauung der Mitglieder der Bundesregierung mit der Fortführung der Verwaltung der bisher innegehabten Ämter sowie Ernennung der bisherigen Staatssekretäre durch den Bundespräsidenten (S. 30)

Ausschüsse

- (4) Wahl des Hauptausschusses (S. 28)
- (5) Wahl von ständigen Ausschüssen des Nationalrates (S. 29)

Dringliche Anfrage

der Abgeordneten Dr. Pilz und Genossen an den Bundesminister für Justiz betreffend Verhinderung der Strafverfolgung von Dr. Robert Lichal durch den Justizminister und führende Beamte seines Ressorts (1/J) (S. 10)

Begründung: Dr. Pilz (S. 12)

Bundesminister Dr. Foregger (S. 19)

Debatte:

Voggenhuber (S. 22),
Moser (S. 24),
Mag. Marijana Grandits (S. 25) und
Dr. Pilz (S. 26)

Eingebracht wurden**Anträge der Abgeordneten**

Nürnberg, Dr. Feurstein und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz, das Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz, das Bauern-Sozialversicherungsgesetz, das Kriegsopferversorgungsgesetz 1957, das Opferfürsorgegesetz und das Verbrechenopfergesetz geändert werden (Sozialrechts-Änderungsgesetz 1990) (1/A)

Dr. Schüssel, Eleonore Hostasch und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Sonn- und Feiertags-Betriebszeitengesetz und das Arbeitsruhegesetz geändert werden (2/A)

Dr. Fuhrmann, Dkfm. DDr. König, Dr. Guggenbauer, Dr. Neisser und Genossen betreffend Änderung des Klubfinanzierungsgesetzes 1985, BGBl. Nr. 156/1985 in der Fassung BGBl. Nr. 214/1986 und BGBl. Nr. 134/1987 (3/A)

Monika Langthaler, Anschöber und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Umsatzsteuergesetz und das Umweltfondsgesetz geändert

werden (Bundesgesetz zur Förderung von Solarmobilen) (4/A)

Monika Langthaler, Dr. Pilz und Genossen betreffend amtswegige Strompreisprüfung bei EVN und Wiener Stadtwerken (5/A) (E)

Dr. Madeleine Petrovic und Genossen betreffend unverzügliche Widmung der Roßbauerkaserne für universitäre Nutzung (6/A) (E)

Monika Langthaler, Anschöber und Genossen betreffend Förderung der Sonnenenergienutzung in Österreich (7/A) (E)

Anfragen der Abgeordneten

Dr. Pilz und Genossen an den Bundesminister für Justiz betreffend Verhinderung der Strafverfolgung von Dr. Robert Lichal durch den Justizminister und führende Beamte seines Ressorts (1/J)

DDr. Niederwieser, Dr. Müller, Strobl, Mag. Guggenberger und Genossen betreffend Ausbaupläne beim Flughafen Innsbruck (2/J)

Dr. Pilz und Genossen an den Bundesminister für Inneres betreffend Vorfälle im Bereich des Landesgendarmeriekommandos Vorarlberg (3/J)

Beginn der Sitzung: 14 Uhr 3 Minuten

Vorsitzende: Präsident Pöder, Präsident Dr. Fischer.

Präsident Pöder: Die Sitzung ist eröffnet. *(Auf den Plätzen der Grünen steht ein Azaleenstöckel, die Abgeordneten der SPÖ sind mit einer roten Nelke geschmückt.)*

Hohes Haus! Ich begrüße die Anwesenden, insbesondere jene Damen und Herren Abgeordneten, die zum erstenmal in den Nationalrat entsendet worden sind.

Der Herr Bundespräsident hat mit Entschliebung vom 25. Oktober 1990 gemäß Artikel 27 Abs. 2 des Bundes-Verfassungsgesetzes den am 7. Oktober 1990 gewählten Nationalrat für den heutigen Tag zur XVIII. Gesetzgebungsperiode und gemäß Artikel 28 Abs. 1 des Bundes-Verfassungsgesetzes auch zu seiner ordentlichen Tagung 1990/91 einberufen. Aufgrund dieser Entschliebung habe ich die heutige Sitzung anberaumt.

Gemäß § 3 Abs. 2 der Geschäftsordnung obliegt es mir als dem Präsidenten des früheren Nationalrates, die Sitzung zu eröffnen und bis zur Wahl des neuen Präsidenten den Vorsitz zu führen.

Gemäß § 3 Abs. 3 der Geschäftsordnung berufe ich folgende vier Abgeordnete zur vorläufigen Besorgung der Geschäfte der Schriftführer: Frau Abgeordnete Ute Apfelbeck, Herrn Abgeordneten Jakob Auer, Frau Abgeordnete Dkfm. Ilona Graenitz und Herrn Abgeordneten Dr. Johann Stippel.

Anwesenheit eines Säuglings im Sitzungssaal

Präsident Pöder: Bevor ich in die Tagesordnung eingehe, möchte ich ein paar Worte zur Frau Abgeordneten Heindl sagen.

Ich sehe, Frau Abgeordnete, daß Sie mit einem Säugling im Sitzungssaal erschienen sind. Ich halte das zunächst einmal für eine unzumutbare Belastung für das Kind *(Beifall)*, da der Raum keine Fenster hat, zur Gänze klimatisiert ist und die Luftqualität bei längerer Sitzungsdauer möglicherweise negative Auswirkungen auf die Gesundheit eines Kleinstkindes hat.

Es befindet sich ein Arzt im Haus. Ich schlage Ihnen vor, Ihr Kind heute diesem in Obhut zu geben, für weitere Sitzungen aber Vorsorge für eine anderweitige Betreuung zu treffen.

Ich möchte auch auf die Bestimmungen der Hausordnung Bezug nehmen, wonach Kinder un-

ter 14 Jahren keinen Zutritt zu den Sitzungssälen haben. *(Heiterkeit.)* Ich will aber auf diese Frage gar nicht näher eingehen. Ich möchte nur sagen, daß in diesen Bestimmungen lediglich Galerie und Balkon erwähnt werden, da zur Zeit der Schaffung der Hausordnung nicht im entferntesten angenommen wurde, daß Kleinkinder in den Sitzungssaal mitgenommen würden.

Ich appelliere daher an Sie, sehr geehrte Frau Abgeordnete, Ihr Kind nicht dieser Belastung auszusetzen und es der Obhut des Arztes anzuvertrauen. Ich glaube, daß das für Ihr Baby sicherlich gesünder wäre. Ich appelliere an Sie.

Ergänzung der Tagesordnung

Präsident Pöder: Es ist einvernehmlich in Aussicht genommen, die bereits ausgegebene Tagesordnung der konstituierenden Sitzung des Nationalrates zu ergänzen, und zwar um den Punkt 5: Wahl von ständigen Ausschüssen des Nationalrates.

Ich ersuche jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, um ein entsprechendes Zeichen. — Da das die erforderliche Zweidrittelmehrheit gebracht hat, ist die Ergänzung angenommen.

Verhindert ist die Frau Abgeordnete Dr. Marilies Flemming.

Ankündigung einer dringlichen Anfrage

Präsident Pöder: Die Abgeordneten Monika Langthaler und Genossen haben das Verlangen gestellt, die in dieser Sitzung eingebrachte schriftliche Anfrage I/J der Abgeordneten Dr. Pilz und Genossen an den zuständigen Bundesminister für Justiz betreffend Verhinderung der Strafverfolgung von Dr. Robert Lichal durch den Justizminister und führende Beamte seines Ressorts dringlich zu behandeln.

Da dieses Verlangen darauf gerichtet ist, die dringliche Behandlung noch vor Eingang in die Tagesordnung durchzuführen, mache ich von dem Recht gemäß § 93 Abs. 4 der Geschäftsordnung Gebrauch, dieselbe an den Schluß der Sitzung, aber nicht über 16 Uhr hinaus zu verlegen.

1. Punkt: Angelobung der Abgeordneten

Präsident Pöder: Wir gehen in die Tagesordnung ein und gelangen zum 1. Punkt: Angelobung der Abgeordneten.

Der Schriftführer, Herr Abgeordneter Dr. Stippel, wird die Angelobungsformel verlesen; sodann werden die Abgeordneten über Namensaufruf

Präsident Pöder

durch den genannten Schriftführer, der später von Frau Abgeordneter Ute Apfelbeck und Herrn Abgeordneten Auer abgelöst wird, die Angelobung mit den Worten „Ich gelobe“ zu leisten haben.

Ich ersuche nunmehr den Schriftführer, Herrn Abgeordneten Dr. Stippel, die Angelobungsformel zu verlesen und anschließend mit dem Namensaufruf zu beginnen.

Schriftführer Dr. **Stippel**: „Sie werden geloben unverbrüchliche Treue der Republik Österreich, stete und volle Beobachtung der Verfassungsgesetze und aller anderen Gesetze und gewissenhafte Erfüllung Ihrer Pflichten.“

Über Namensaufruf durch die Schriftführer Dr. Stippel, Ute Apfelbeck und Auer leisten die nachstehend angeführten Abgeordneten die Angelobung mit den Worten „Ich gelobe“:

Achs Matthias
 Anschöber Rudolf
 Antoni Dieter, Dr.
 Apfelbeck Ute
 Auer Jakob
 Aumayr Anna Elisabeth

Barmüller Thomas, Mag.
 Bauer Holger, Dkfm.
 Bauer Johann, Dkfm. Dr.
 Bauer Rosemarie
 Bayr Anton
 Böhacker Hermann
 Brennsteiner Anton
 Bruckmann Gerhart, Dr.
 Brünner Christian, Dr.
 Buder Hannelore
 Bures Doris
 Burgstaller Paul
 Busek Erhard, Dr.

Cap Josef, Dr.

Dietachmayr Helmut
 Dietrich Günter
 Dittrich Karl, Ing.
 Ditz Johannes, Dr.
 Dolinschek Sigisbert

Eder Kurt
 Ederer Brigitte, Mag.
 Elmecker Robert
 Ettmayer Wendelin, Dr.

Fekter Maria, Dr.
 Feurstein Gottfried, Dr.
 Fink Ernst

Fischer Heinz, Dr.
 Fischl Harald
 Fischler Franz, Dipl.-Ing. Dr.
 Flicker Franz, Dipl.-Ing.
 Freund Karl
 Frieser Cordula, Mag.
 Frischenschlager Friedhelm, Dr.
 Fuhrmann Willi, Dr.

Gaal Anton
 Gartlehner Kurt, Ing.
 Gatterer Edeltraud
 Gmoser Rupert, DDr.
 Grabner Arnold
 Gradwohl Heinz
 Graenitz Ilona, Dkfm.
 Graff Michael, Dr.
 Grandits Marijana, Mag.
 Gratzner Bernhard
 Gugerbauer Norbert, Dr.
 Guggenberger Walter, Mag.

Hafner Hans, Dr.
 Haigermoser Helmut
 Haller Edith
 Haupt Herbert, Mag.
 Heindl Christine
 Heindl Kurt, Dr.
 Heinzinger Walter
 Heiß Regina
 Helbich Leopold, Ing.
 Hesoun Josef
 Hlavac Elisabeth, Dr.
 Höchtl Josef, Dr.
 Hofer Johann
 Hofmann Harald
 Hostasch Eleonore
 Huber Alois
 Huber Anna
 Hums Franz

Jankowitsch Peter, Dr.

Keimel Otto, Dr.
 Keppelmüller Peter, Dipl.-Ing. Dr.
 Kerschbaum Josef
 Khol Andreas, Dr.
 Kiermaier Günter
 Kirchknopf Josef
 Kiss Paul
 Kollmann Alfred
 König Friedrich, Dkfm. DDr.
 Konrad Helga, Dr.
 Koppler Erhard
 Kowald Ludwig, Ing.
 Kraft Hermann
 Krismanich Elfriede, Mag.

Schriftführerin Ute Apfelbeck

Kuba Heinrich
Kuckacka Helmut, Mag.

Lackner Josef, Dr.
Langthaler Monika
Leikam Anton
Leiner Günther, Dr.
Lichal Robert, Dr.
Lukesch Dieter, Dr.

Maderthaner Leopold, Ing.
Marizzi Peter
Matzenauer Hans
Mautner Markhof Georg J. E., Dkfm.
Meischberger Walter, Ing.
Meisinger Josef
Mertel Ilse, Dr.
Mitterer Peter
Mock Alois, Dr.
Molterer Wilhelm, Mag.
Moser Hans Helmut
Motter Klara
Mrkvicka Franz
Mühlbachler Josef, Dkfm. Mag.
Müller Lothar, Dr.
Murer Gerulf, Ing.

Nedwed Ernst, Ing.
Neisser Heinrich, Dr.
Neuwirth Karl
Niederwieser Erwin, DDr.
Nowotny Ewald, Dr.
Nürnberg Rudolf

Oberhaidinger Georg
Ofner Harald, Dr.

Parfuss Ludmilla
Parnigoni Rudolf
Partik-Pablé Helene, Dr.
Pawkowicz Rainer, Dipl.-Ing. Dr.
Pecker Helene
Peter Helmut, Mag.
Petrovic Madeleine, Dr.
Piller Ernst
Pilz Peter, Dr.
Pirker Hubert, Dr.
Posch Walter, Mag.
Praher Adelheid
Praxmarer Karin, Mag.
Preiß Kurt, Dr.
Puntigam Alois, Dr.

Reichhold Mathias-Johann, Ing.
Reitsamer Annemarie
Resch Walter
Ressel Hans-Joachim, Ing.

Rieder Hans
Riegler Josef, Dipl.-Ing.
Roppert Alois
Rosenstingl Peter

Scheibner Herbert
Scheucher Reinhold
Schieder Peter
Schmid Michael, Dipl.-Ing.
Schmidt Heide, Dr.
Schmidtmeier Herbert
Schorn Hildegard
Schrantz Edgar, Dr.
Schreiner Erich L., Mag.
Schüssel Wolfgang, Dr.
Schuster Johann
Schütz Waltraud, Mag.
Schwarzböck Rudolf
Schwarzenberger Georg
Schwärzler Erich, Ing.
Schweitzer Karl, Mag.
Schwimmer Walter, Dr.
Seel Helmut, Dr.
Seidinger Winfried
Seiler Hilde
Sigl Robert
Srb Manfred
Steinbauer Heribert
Stippel Johann, Dr.
Stocker Franz
Stocker Helmuth
Stoisits Terezija, Mag.
Strobl Robert
Stummvoll Günter, Dr.
Svihalek Friedrich

Taus Josef, Dr.
Traxler Gabrielle
Tychtl Gerald, Ing.

Verzetnitsch Friedrich
Vetter Gustav
Voggenhuber Johannes
Vonwald Karl
Vranitzky Franz, Dr.

Wabl Andreas
Wallner Kurt
Wolf Helmut
Wolfmayr Hans

Nach der Aufrufung der Namen Mag. Marijana Grandits und Mag. Terezija Stoisits leisten diese beiden Abgeordneten die Angelobung jeweils mit den Worten „Zagovaram se“ und „Ich gelobe“.

Präsident Pöder

Präsident **Pöder** *(die Schriftführerin bereits nach der Angelobung der Abgeordneten Mag. Marijana Grandits unterbrechend)*: Entschuldigen Sie, Frau Schriftführerin!

Frau Abgeordnete! Das Geschäftsordnungsgesetz bestimmt, daß Sie das Gelöbnis in deutscher Sprache abzulegen haben. *(Rufe: Sie hat es auch auf deutsch gesagt!)* Haben Sie es auch auf deutsch gesagt? *(Abg. Mag. Marijana Grandits: Ja!)* Entschuldigen Sie, das hat man hier so schlecht gehört. — Entschuldigen Sie vielmals!

Präsident **Pöder**: Die Angelobung ist hiermit vollzogen.

Meine Damen und Herren! Sie haben sich mit Ihrem Gelöbnis zur verantwortungsvollen Ausübung Ihrer Funktion verpflichtet. Ich wünsche Ihnen für Ihre Tätigkeit im Dienste des österreichischen Volkes den bestmöglichen Erfolg.

2. Punkt: Wahl des Präsidenten, des Zweiten und des Dritten Präsidenten

Präsident **Pöder**: Wir kommen nun zum 2. Punkt der Tagesordnung: Wahl des Präsidenten, des Zweiten und des Dritten Präsidenten des Nationalrates.

Es wird zunächst die Wahl des Präsidenten des Nationalrates vorgenommen.

Es liegt mir ein schriftlicher Vorschlag vor, Abgeordneten Dr. Heinz Fischer zum Präsidenten des Nationalrates zu wählen.

Gemäß § 87 Abs. 7 der Geschäftsordnung ist die Wahl des Präsidenten mit Stimmzetteln, also geheim, durchzuführen.

Ich mache darauf aufmerksam, daß gemäß § 87 Abs. 3 der Geschäftsordnung auch Stimmen gültig sind, die auf einen anderen wählbaren Kandidaten lauten.

Weiters liegt das Verlangen vor, die Wahl in Wahlzellen durchzuführen.

Ich gehe daher so vor.

Ich unterbreche nunmehr kurzfristig die Sitzung zur Vorbereitung dieser Wahl. Die Sitzung ist auf 3 Minuten unterbrochen.

(Die Sitzung wird um 14 Uhr 19 Minuten unterbrochen und um 14 Uhr 22 Minuten wiederaufgenommen.)

Präsident **Pöder**: Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf und bitte die Damen und Herren Abgeordneten, ihre Plätze einzunehmen.

An die Damen und Herren der Presse und an die Fotografen: Die Viertelstunde ist vorbei. Ich bitte Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, nun den Plenarsaal zu verlassen.

Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bevor ich den eigentlichen Wahlvorgang einleite, teile ich mit, daß sich die Abgeordneten Voggenhuber und Terezija Stoisits im Sinne des § 60 Abs. 1 des Geschäftsordnungsgesetzes zu diesem Tagesordnungspunkt zum Wort gemeldet haben.

Wir haben nach Studium der Geschäftsordnung und unter Bedachtnahme auf die langjährige und im übrigen unwidersprochene Praxis sowie auch im Lichte der Beratungen in der Präsidialkonferenz dieses Thema beraten, und ich sehe mich zu folgender Feststellung veranlaßt:

Aus der Systematik des Geschäftsordnungsgesetzes ergibt sich zunächst, daß der Abschnitt IX, in welchem die Voraussetzungen für Wortmeldungen im Rahmen einer Debatte geregelt sind, mit Ausnahme der Debatte zur Geschäftsbehandlung keine Aussage darüber trifft, unter welchen Bedingungen überhaupt Debatten über einen Gegenstand im Plenum stattfinden. Diese Aussage hat der Geschäftsordnungsgesetzgeber durch die Bestimmungen des Abschnitts X hinsichtlich Gesetzesvorlagen und durch den Abschnitt XI bezüglich anderer Verhandlungsgegenstände getroffen. Die genannten Vorschriften wären aber überflüssig, wenn bereits aus den Bestimmungen des Abschnitts IX abzuleiten wäre, daß grundsätzlich jeder auf einer Tagesordnung des Plenums stehende Verhandlungsgegenstand auch Gegenstand einer Debatte ist.

Eine entsprechende Spezialregelung findet sich übrigens auch im § 81 in bezug auf Debatten über Erklärungen von Mitgliedern der Bundesregierung.

Bei den Normen über Wahlen im Nationalrat ist eine derartige Bestimmung nicht enthalten. Daher kann ich dem in einem der Parlamentsdirektion zugekommenen Papier des Grünen Klubs enthaltenen Argument nicht folgen, daß es hinsichtlich dieser Debatte keine entsprechenden Bestimmungen gebe. Für die Durchführung dieser Debatte gelten natürlich die allgemeinen Bestimmungen des IX. Abschnitts.

Was die im selben Papier angesprochenen Berichte von Enquetekommissionen betrifft, so schreibt § 98 Abs. 4 des Geschäftsordnungsgesetzes ausdrücklich vor, daß diese Kommissionen ihre Arbeit mit einem Bericht an den Nationalrat abschließen oder abzuschließen haben, der gemäß Abs. 6 der zitierten Bestimmung den Charakter eines Ausschlußberichtes hat. Nach § 53 Abs. 1 wiederum ist die Debatte über einen Ver-

Präsident Pöder

handlungsgegenstand, der in einem Ausschuß vorberaten worden ist, durch den Berichterstatter zu eröffnen. Damit erübrigt sich eine Sonderbestimmung über die jeweiligen Debatten.

Ich möchte ergänzend noch darauf hinweisen, daß Berichte von Enquetekommissionen deshalb nicht in den XI. Abschnitt aufgenommen wurden, weil solche Berichte von der Enquetekommission direkt dem Nationalrat zu erstatten sind und im Gegensatz zu den anderen in diesem Abschnitt behandelten Verhandlungsgegenständen keinem Ausschuß zugewiesen werden.

Ich vertrete daher die Auffassung — und schließe mich damit einer fundierten Stellungnahme an, die die Parlamentsdirektion in Zusammenhang mit der Konstituierung des Nationalrates der XVII. Gesetzgebungsperiode erarbeitet hat —, daß Debatten zu Wahlen nur stattfinden können, wenn dies der Nationalrat beschließt.

Ich frage daher, ob ein Antrag gestellt wird, zum Tagesordnungspunkt 2 eine Debatte durchzuführen. (*Abg. Voggenhuber: Zur Geschäftsordnung!*) Herr Abgeordneter Voggenhuber!

Abgeordneter **Voggenhuber** (Grüne) (*zur Geschäftsordnung*): Zur Geschäftsordnung! Herr Präsident! Wir protestieren gegen diese Vorgangsweise und halten sie für einen eklatanten Bruch der Geschäftsordnung. Wahlen sind Verhandlungsgegenstände nach der Geschäftsordnung, Debatten darüber haben daher zwingend zu sein und nicht vom Willen der Mehrheit abhängig zu sein. (*Beifall und Bravorufe bei den Grünen.*)

Da dies offenbar nicht Ihrer Auffassung entspricht, fordern wir Sie, um hier Wahlen in Ostblockmanier zu verhindern, auf, die Sitzung zu unterbrechen und eine Präsidiale einzuberufen.

Präsident Pöder: Ich habe Ihre Meinung gehört, Herr Abgeordneter! An und für sich teile ich Ihre Meinung nicht. Ich habe des langen ausgeführt, warum nicht. Ich sehe auch keinen Grund für den Wunsch, die Sitzung des Parlaments zu unterbrechen. Daher werden wir in der Tagesordnung fortfahren. (*Abg. Wabl: Zur Geschäftsbehandlung!*) Herr Abgeordneter Wabl!

Abgeordneter **Wabl** (Grüne) (*zur Geschäftsordnung*): Herr Präsident! Es gehört zum Brauch dieses Hauses, daß, wenn ein Klubobmann eine Sitzungsunterbrechung verlangt, dem Rechnung getragen und stattgegeben wird. Ich halte es für eine merkwürdige Vorgangsweise, daß Sie sozusagen als letzten politischen Akt diesen Brauch brechen. (*Beifall und neuerliche Bravorufe bei den Grünen.*)

Präsident Pöder: Herr Abgeordneter! Es obliegt dem Präsidenten beziehungsweise dem Wunsch des Plenums, ob eine Sitzung unterbrochen wird oder nicht.

Da Sie ausdrücklich noch einmal darauf hingewiesen haben, daß das in einer Präsidialsitzung besprochen werden soll, möchte ich darauf hinweisen, daß sich eine solche Sitzung dann erübrigt, wenn nur ein Mitglied der Präsidialsitzung eine solche Sitzung verlangt. (*Abg. Dr. Pilz: Das hat es noch nie gegeben!* — *Abg. Dr. Schwimmer: Alles gibt es das erste Mal!* — *Weitere Zwischenrufe.*)

Herr Abgeordneter **Pilz**! Ich stelle noch einmal fest: Wenn es sich um Beratungen handelt, die einen Tagesordnungspunkt zum Gegenstand haben, der vorberaten worden ist, dann ist das durchaus möglich. Aber in diesem Fall ist es der Wunsch der kleinsten Fraktion des Hauses, die Sitzung zu unterbrechen. Dieser Wunsch wird von den drei anderen Fraktionen des Hauses nicht unterstützt, daher erübrigt sich die Unterbrechung.

Ich setze nun die Tagesordnung fort. Nachdem ... (*Weiterer Zwischenruf des Abg. Dr. Pilz.*) Herr Abgeordneter! Da ich die Frage gestellt habe, ob zum Tagesordnungspunkt 2 ein Antrag auf Durchführung einer Debatte gestellt wird und mir ein solcher Antrag nicht zugegangen ist, setze ich die Abwicklung des Tagesordnungspunktes fort. (*Ruf bei den Grünen: Gesetzesbruch durch den Präsidenten!*)

Wir kommen nun zur Wahl des **Präsidenten** des Nationalrates.

Der Stimmzettel, der zu benützen ist, wird samt Kuvert bei Namensaufruf durch den Schriftführer von den hiezu bestimmten Bediensteten der Parlamentsdirektion ausgegeben. Für die Wahl ist ausschließlich dieser amtliche Stimmzettel zu verwenden.

Nach dem Ausfüllen des Stimmzettels in der Wahlzelle ist dieser, im Kuvert verschlossen, in die bereitgestellte Urne zu werfen.

Ich ersuche nunmehr die Abgeordneten, bei Namensaufruf durch die Schriftführer Stimmzettel und Kuvert in Empfang zu nehmen und sich sodann in eine der Wahlzellen zu begeben.

Ich bitte den Schriftführer, Herrn Abgeordneten **Dr. Stippel**, mit dem Namensaufruf zu beginnen. Herr Abgeordneter **Auer** wird ihn später hiebei ablösen.

(*Über Namensaufruf durch die Schriftführer Dr. Stippel und Auer begeben sich die Abgeordneten in die Wahlzelle und legen sodann den Stimmzettel in die Urne.*)

Präsident Pöder

Präsident Pöder: Die Stimmabgabe ist beendet. Die damit beauftragten Bediensteten der Parlamentsdirektion werden nunmehr unter Aufsicht der Schriftführer die Stimmzählung vornehmen. Die Sitzung wird zu diesem Zweck für einige Minuten unterbrochen.

(Die Sitzung wird um 15 Uhr 4 Minuten unterbrochen und um 15 Uhr 16 Minuten wiederaufgenommen.)

Präsident Pöder: Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf und gebe das Wahlergebnis bekannt:

Es wurden 172 Stimmen abgegeben. Davon waren 166 Stimmen gültig.

Hievon entfielen auf Herrn Dr. Heinz Fischer 153 Stimmen. Das ist die absolute Mehrheit. *(Langanhaltender Beifall bei SPÖ, ÖVP und FPÖ.)* 13 Stimmen entfielen auf andere Abgeordnete.

Somit ist Dr. Heinz Fischer zum Präsidenten des Nationalrates gewählt.

Ich frage Herrn Abgeordneten Dr. Fischer, ob er die Wahl annimmt.

Abgeordneter Dr. Fischer: Herr Präsident! Ich nehme die Wahl an.

Präsident Pöder: Ich beglückwünsche Sie, Herr Abgeordneter, zu Ihrer Wahl.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bevor ich dem neugewählten Präsidenten den Vorsitz übergebe, möchte ich Sie bitten, mir noch wenige Minuten Aufmerksamkeit zu schenken.

Abschiedsansprache

Präsident Pöder: Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit der Wahl des Abgeordneten Dr. Heinz Fischer zum Ersten Präsidenten des Nationalrates ist meine Funktion als amtierender Präsident des Nationalrates beendet. Gestatten Sie, daß ich vor Übergabe des Vorsitzes noch einige Worte an Sie richte und Ihre Aufmerksamkeit einige Minuten in Anspruch nehme.

Wir — damit meine ich die Zweite Präsidentin und Herrn Präsidenten Dillersberger — wollen keine Abschiedsreden halten, denn dies haben wir bereits bei der letzten Sitzung des Nationalrates am 5. Juli getan. Wir sind aber übereingekommen, daß alles Nachfolgende, was ich sagen werde — das wird keine brisanten politischen Inhalte haben —, als im Einvernehmen gesagt gilt. Was ich aber noch gern tun möchte — und das wollen wir alle drei tun —, ist, all jenen Parlamentariern, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Hauses herzlich zu danken, die in den 20 Monaten, in

denen ich die Ehre hatte — viel länger die Frau Präsidentin, etwas kürzer der Herr Präsident — zu wirken, wesentlich dazu beigetragen haben, daß wir diese Funktion auch ausfüllen konnten.

Ich danke daher den scheidenden Präsidiumsmitgliedern, Frau Dr. Marga Hubinek und Herrn Dr. Dillersberger. Mein Dank gilt auch den vier Herren Abgeordneten, die in dieser Zeit Klubobmänner waren: Dr. Heinz Fischer, Dr. König, Dr. Gugerbauer und Wabl. Danken möchte ich auch dem Herrn Parlamentsdirektor, den -vizedirektoren und allen Angestellten und Beamten des Hauses, die in einer schwierigen Zeit hervorragende Leistungen erbracht haben.

Die Nationalratswahl vom 7. Oktober hat beträchtliche Veränderungen des Kräfteverhältnisses durch die Wählerinnen und Wähler gebracht. Diese Veränderungen finden nun in der Zusammensetzung des neuen Nationalrates ihren Niederschlag.

Ich glaube, man muß in der Geschichte des Parlaments weit zurückblättern, ja ich glaube sogar, daß es erstmalig und einmalig ist, daß das ganze Präsidium neu gewählt wird und daß so viele Damen und Herren Abgeordneten erstmals in den Nationalrat einziehen.

In der neuen Präsidialkonferenz werden auch die neugewählten Klubobmänner erstmals mit den Aufgaben und Problemen konfrontiert werden, deren Bewältigung bewirken soll, daß eine reibungslose Arbeit im Hohen Haus gewährleistet werden kann. Diese Aufgaben können meiner Erfahrung nach — unserer Auffassung nach; ich verbessere mich — nur in einem sachlichen Klima, mit Toleranz und Achtung vor der Meinung aller Mitglieder der Präsidialkonferenz und unter strikter Einhaltung der gesetzlichen Normen, vor allem des Geschäftsordnungsgesetzes, erfüllt werden.

Ich bin sicher, daß dies gelingen wird, so wie es auch bisher immer möglich war, einander auf dem Boden der Sachlichkeit und der Vernunft zu treffen.

Einige Probleme, die der Lösung harren, sind bereits vorgegeben. Die Einführung und der dafür nötige Aufbau eines datenunterstützten Informationssystems in allen Geschäftsbereichen des Parlaments unter Einbeziehung der schon bestehenden Datenverarbeitung in den Klubs sind eines der vordringlichsten Vorhaben der Verwaltung. Dieses Vorhaben muß zu einer wesentlichen Verbesserung des Informationsstandes der Parlamentarier führen und stellt eine unschätzbare Hilfe für die Lösung kommender schwieriger Aufgaben im Zusammenhang mit der Gesetzgebung dar.

Präsident Pöder

Der Ankauf des Hauses Reichsratsstraße 1 ist wohl eine der wichtigsten Voraussetzungen, die Arbeitsbedingungen der Abgeordneten wesentlich und auf Dauer zu verbessern. Ich glaube, daß ein sinnvolles Abstimmen der Wünsche der Abgeordneten und der Klubs mit den Erfordernissen einer gut funktionierenden Verwaltung notwendig sein wird. Ich bin aber überzeugt, daß das im Interesse eines gut funktionierenden Ablaufes der Arbeit im Hause geschehen wird.

Auch auf dem Sektor der personellen Besetzung sind einige Schritte gesetzt worden, wenn auch zugegeben werden muß, daß dies erst ein Beginn war und weitere Schritte folgen müssen.

Ich komme schon zum Schluß. Der Beginn einer neuen Gesetzgebungsperiode ist eine Chance, die Arbeit des Parlaments mehr in das Blickfeld unserer Mitbürger zu rücken und damit das Ansehen des österreichischen Parlamentarismus zu stärken.

Wir wünschen dem neuen Nationalrat, daß es ihm gelingen möge, über alle differenten Auffassungen hinweg die gewaltigen anstehenden Aufgaben zu lösen, sie zu lösen zum Wohle der Menschen in unserem Land, zur Mehrung des Ansehens in einem sich neu formenden Europa. Vor allem aber gilt es auch, größere Beiträge einzubringen für die armen Völker der Dritten Welt.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, viel Erfolg. Ich verabschiede mich als Gewerkschafter mit dem alten, ehrwürdigen Bergmannsgruß: Glück auf! Glück auf für die Zukunft! (*Allgemeiner lebhafter Beifall.*)

Ich lade nunmehr den neugewählten Präsidenten ein, den Vorsitz zu übernehmen. (*Unter allgemeinem Beifall begibt sich Präsident Dr. Heinz Fischer auf die Präsidentenstraße, und die scheidenden Präsidenten beglückwünschen in herzlicher Weise den neuen Präsidenten.*)

Antrittsrede

Präsident Dr. **Fischer**: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nicht ohne Bewegung übernehme ich den Vorsitz in dieser konstituierenden Sitzung des Nationalrates. Ich weiß, daß dieses Abstimmungsergebnis, über das ich mich natürlich freue, eine enorme Verpflichtung bedeutet, denn es wäre ja nicht zustande gekommen ohne Zustimmung aus allen Fraktionen, die sich an dieser Wahl beteiligt haben. Ich weiß, daß ich jetzt die Aufgabe habe — und vielfach Gelegenheit haben werde —, dieses Vertrauen zu rechtfertigen.

Mein erstes Wort des Dankes geht daher an Sie alle, die Sie diese Entscheidung so getroffen haben. Mein Wort des Dankes gilt ebenso den drei

Präsidenten, die mit dem heutigen Tag aus ihrer Funktion ausgeschieden sind: dem Herrn Präsidenten Pöder, der mit Recht mit einem herzlichen Applaus von Ihnen verabschiedet wurde, der Frau Präsident Dr. Hubinek, von der ich sagen darf, daß ich sie im Zuge unserer Zusammenarbeit in den Präsidialsitzungen kennen- und schätzengelernet habe, und dem Herrn Präsidenten Dr. Dillersberger, der, wie wir alle wissen, aus eigenem Entschluß aus seiner parlamentarischen Tätigkeit ausgeschieden ist.

Ich darf vielleicht ein ganz persönliches Wort sagen. Als heuer im Sommer das Begräbnis von Bruno Kreisky stattgefunden hat, war unter anderen Willy Brandt in Wien. Ich habe ihn zum Flughafen gebracht, und er hat mich gefragt, was denn so meine politischen Wünsche oder Zielsetzungen seien. Ich habe ihm gesagt, daß ich als Klubobmann einen sehr, sehr schönen Aufgabenbereich habe, aber wenn es erlaubt ist, einen Traum oder einen Wunsch zu haben, dann ist es eine Funktion im Präsidium des Nationalrates. Ich hätte mir eigentlich nicht gedacht, daß das möglich sein wird und daß das in dieser Form und mit diesem überzeugenden Votum möglich sein wird.

Ich gebe Ihnen auch eine Begründung, meine Damen und Herren. Ich arbeite seit mehr als einem Vierteljahrhundert in diesem Haus. Ich habe in den letzten Wochen der Tätigkeit des Präsidenten Figl als juristischer Sekretär des damaligen Zweiten Präsidenten, Hillegeist, begonnen. Ich kann mich an die erstmalige Wahl und die vielen Wiederwahlen des Präsidenten Maleta erinnern, an die Wahl der Präsidenten Waldbrunner, Benya, Gratz und nunmehr Pöder.

Ich habe auch sonst viele Verbindungen zum Parlament. Ich habe mit dem leider viel zu früh verstorbenen Parlamentsdirektor Czerny an einem Kommentar zur Geschäftsordnung gearbeitet. Ich bin dankbar, jetzt versuchen zu können, alle diese Kräfte in den Dienst des Parlamentarismus, in den Dienst des Nationalrats — wenn Sie wollen, in den Dienst von uns allen — zu stellen.

Es ist jetzt nicht der Zeitpunkt, einzelne Aufgaben zu skizzieren. Natürlich wird es ganz, ganz wichtig sein, an der Frage der Arbeitsbedingungen zu arbeiten. Es wird wichtig sein, durch viele Entscheidungen und gemeinsame Bemühungen mitzuhelfen, daß der Stellenwert des Nationalrates an jenen herangeführt wird, der ihm ja an sich in der Bundesverfassung zugeschrieben wird. Es wird sicher wichtig und notwendig sein, auch die internationalen Beziehungen einer gesetzgebenden Körperschaft zu pflegen und intensiv wahrzunehmen.

Es wird das alles vor allem dann möglich sein, wenn die Absicht gelingt — glauben Sie mir, diese Absicht ist vorhanden —, mit allen vier Fraktio-

Präsident Dr. Fischer

nen dieses Hauses, ganz besonders natürlich mit den Mitgliedern des noch zu wählenden Präsidiums, mit den vier Klubobmännern und überhaupt mit allen Damen und Herren, die heute angelobt wurden, eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit aufzubauen.

Erlauben Sie mir, mich auf diese wenigen Sätze zu beschränken und in Ihrer aller Namen den Österreichern und Österreicherinnen zu sagen, daß die 183 Mitglieder des Nationalrates alle ihre Kräfte in den Dienst der ihnen übertragenen Aufgaben stellen werden.

Erlauben Sie mir noch einmal, den scheidenden Mitgliedern des Präsidiums zu danken, und gehen wir gemeinsam an die Arbeit! — Danke schön. *(Präsident Pöder verläßt das Präsidium. — Langanhaltender allgemeiner Beifall.)*

Präsident Dr. Fischer: Meine Damen und Herren! Wir haben die Aufgabe, in der Konstituierung des Nationalrates fortzufahren. Wir gelangen zur Wahl des **Zweiten Präsidenten** des Nationalrates.

Ich gebe Ihnen bekannt, daß ein schriftlicher Vorschlag vorliegt, Abgeordneten Dr. Robert Lichal zum **Zweiten Präsidenten** des Nationalrates zu wählen.

Gemäß § 87 Abs. 7 der Geschäftsordnung ist auch diese Wahl in gleicher Weise, also mit Stimmzetteln und geheim, durchzuführen.

Ich mache bei dieser Wahl darauf aufmerksam, daß dieselben Bedingungen, die Ihnen Präsident Pöder bei der vorangegangenen Wahl mitgeteilt hat, gelten. Insbesondere liegt das Verlangen vor, die Wahl in Wahlzellen, die bereits vorbereitet wurden, durchzuführen.

Wir kommen zu diesem Wahlgang, wobei der Stimmzettel, der zu benützen ist, Ihnen wiederum bei Namensaufruf durch den Schriftführer von den Bediensteten des Hauses überreicht wird. Nur dieser amtliche Stimmzettel darf verwendet werden.

Nach dem Ausfüllen des Stimmzettels in der Wahlzelle ist der Stimmzettel, im Kuvert verschlossen, in die bereitgestellte Urne zu werfen.

Ich ersuche nunmehr die Abgeordneten, bei Namensaufruf durch die Schriftführer Stimmzettel und Kuvert in Empfang zu nehmen und sich sodann in eine der Wahlzellen zu begeben.

Ich schlage vor, daß wiederum Kollege Dr. Stippel mit dem Namensaufruf beginnen möge.

(Über Namensaufruf durch die Schriftführer Dr. Stippel und Dkfm. Ilona Graenitz begeben sich die Abgeordneten in die Wahlzelle

und hinterlegen sodann den Stimmzettel in der Urne.)

Präsident Dr. Fischer: Meine Damen und Herren! Die Stimmabgabe ist beendet. Die Bediensteten des Hauses werden wiederum die Stimmenzählung vornehmen. Die Sitzung wäre normalerweise für diesen Zweck zu unterbrechen. Um 16 Uhr hat aber der Aufruf jener dringlichen Anfrage zu erfolgen, die Herr Präsident Pöder am Beginn der heutigen Sitzung nicht am Eingang der Tagesordnung aufgerufen hat, sondern für 16 Uhr festgesetzt hat. Ich frage den ersten Redner, Abgeordneten Pilz, der zu Wort gemeldet ist, ob er um 16 Uhr mit der Rede beginnen will oder ob wir mit der Auszählung fortfahren sollen. Im zweitgenannten Fall würde ich zu einem mir geeigneten Zeitpunkt, wie das die Geschäftsordnung vorsieht, das Wahlergebnis bekanntgeben.

Bitte, Herr Kollege Pilz, was ist Ihr Wunsch?

Abgeordneter Dr. Pilz (Grüne): Da wir dadurch sehr viel Zeit sparen können, bin ich der Meinung, wir sollten gleich mit der Dringlichen anfangen.

Präsident Dr. Fischer: Gut, dann ist die Sitzung bis 16 Uhr unterbrochen und wird von mir um Punkt 16 Uhr wiederaufgenommen.

Ich bitte, einstweilen die Stimmenauszählung durchzuführen.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Die Sitzung wird um 15 Uhr 58 Minuten unterbrochen und um 16 Uhr wiederaufgenommen.)

Präsident Dr. Fischer: Meine Damen und Herren! Ich nehme, um 16 Uhr, wie dies der § 93 Abs. 3 der Geschäftsordnung vorsieht, die unterbrochene Sitzung **wiederauf**.

Dringliche Anfrage

der Abgeordneten Dr. Pilz und Genossen an den Bundesminister für Justiz betreffend Verhinderung der Strafverfolgung von Dr. Robert Lichal durch den Justizminister und führende Beamte seines Ressorts (1/J)

Präsident Dr. Fischer: Wir gelangen zu der von der erforderlichen Anzahl von Abgeordneten gewünschten dringlichen Behandlung der Anfrage 1/J an den Herrn Bundesminister für Justiz.

Da diese Anfrage allen Abgeordneten schriftlich zugegangen ist, erübrigt sich eine Verlesung durch den Herrn Schriftführer.

Die dringliche Anfrage hat folgenden Wortlaut:

Präsident Dr. Fischer

Gegen den Bundesminister für Landesverteidigung wurde im Dezember 1989 die Voruntersuchung wegen des Verdachts der Untreue und des Amtsmissbrauches eingeleitet. In der Öffentlichkeit wurden gewichtige Verdachismomente für schuldhaftes strafbares Handeln des Verteidigungsministers bekannt.

Schon frühzeitig war klar, daß der Bundesminister für Justiz dieses Strafverfahren zu beeinflussen suchte: Gegen den ermittelnden Staatsanwalt wurde ein Disziplinarverfahren eingeleitet, es wurde ihm die Strafsache entzogen. Im Justizministerium wurde darauf gedrängt, die bereits eingeleitete Voruntersuchung durch einen unabhängigen Untersuchungsrichter wieder zu stoppen. Ein unabhängiger Richtersenaat bestätigte schließlich die Entscheidungen des Staatsanwaltes. Schon im Dezember 1989 äußerte der Justizminister, er könne sich nicht vorstellen, daß „an dieser Sache etwas dran sei“.

In der Folge ermittelte das Gericht durch eine unabhängige Untersuchungsrichterin.

Weitere den Verteidigungsminister schwer belastende Verdachismomente wurden bekannt.

Über Antrag der Oberstaatsanwaltschaft und des Verteidigers von Dr. Lichal wurde der Untersuchungsrichter in der Strafsache im August 1990 entzogen und der Oberstaatsanwaltschaft, die schon seit Dezember 1989 für eine Einstellung des Verfahrens plädiert hatte, übermittelt.

Dem Vernehmen nach besteht die Absicht, trotz Erhärtung der Verdachismomente das Strafverfahren gegen Robert Lichal wegen des Verdachts der Untreue (§ 153 StGB), des Amtsmissbrauches (§ 302 StGB) und der Begehung einer strafbaren Handlung unter Ausnützung einer Amtsstellung (§ 313 StGB) einzustellen.

Damit steht nach den Enthüllungen des Lucona- und des NORICUM-Untersuchungsausschusses neuerlich ein massiver Verdacht der politischen Beeinflussung der Strafjustiz im Raum.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten in diesem Zusammenhang an den Bundesminister für Justiz folgende

Anfrage:

1. Ist es richtig, daß die Oberstaatsanwaltschaft Wien dem Justizminister die Einstellung des Strafverfahrens gegen Robert Lichal wegen Untreue und Amtsmissbrauches empfohlen hat?

2. Ist es richtig, daß dieser Schritt damit begründet wird, daß Vorsatz nicht nachgewiesen werden könne?

3. Ist Ihnen bekannt, daß Verteidigungsminister Lichal dreimal (August, Oktober und November 1987) den zuständigen Beamten gegen deren Widerstand Weisung erteilt hat, die Oerlikon-Munition zu beschaffen?

4. Ist Ihnen bekannt, daß Divisionär Fenz, Abteilung Feldzeugwesen, Bundesminister Lichal am 17. 11. 1987 informiert hat, daß der Tatbestand der Untreue und des Amtsmissbrauches erfüllt wäre, wenn Oerlikon der Zuschlag erteilt würde, und Lichal trotzdem den Auftrag an Oerlikon vergab?

5. Ist Ihnen bekannt, daß Divisionär Fenz den Bundesminister am 17. 11. 1987 darüber informierte, daß genügend Munition vorhanden und daher der Neuankauf von Oerlikon-Munition nicht erforderlich sei?

6. Ist Ihnen bekannt, daß Divisionär Fenz den Bundesminister darüber informierte, daß die Oerlikon-Munition um 20 Millionen Schilling teurer als die Maira-Munition sei und daher bei Ankauf der Munition der Republik ein Schaden in dieser Höhe erwachsen würde?

7. Ist Ihnen bekannt, daß Lichal mit seinen Oerlikon-Weisungen darüber hinaus die ablehnende Stellungnahme von General Corrieri, des Kontrollbüros Dr. Hladik und des Leiters der Rechtssektion Dr. Reiter ignorierte?

8. Ist Ihnen bekannt, daß Bundesminister Lichal wider besseres Wissen und gegen den Widerstand aller zuständigen Beamten die Auftragsvergabe an Oerlikon durchdrückte?

9. Ist Ihnen bekannt, daß der Zeuge Philipp Rowell bei seiner gerichtlichen Zeugeneinvernahme in Wien als offizieller Maira-Vertreter deponierte, daß — im Gegensatz zu den öffentlichen Erklärungen Lichals — die Firma Maira die Munition sehr wohl hätte liefern können?

10. Stimmt es, daß am 18. 12. 1989 — einen Tag nach den durchgeführten Hausdurchsuchungen bei Schön und Lichal — im Verlauf einer Dienstbesprechung im Bundesministerium für Justiz Generalanwalt Dr. Mayerhofer erklärte, daß die Einleitung der Voruntersuchung „weitreichende Konsequenzen“ haben könne?

11. Stimmt es, daß während dieser Dienstbesprechung der Leiter der OStA Wien, Dr. Schneider, erklärte, „der Antrag auf Voruntersuchung sei zurückzuziehen“?

12. Stimmt es, daß weder Mayerhofer noch Schneider zu diesem Zeitpunkt Kenntnis vom Inhalt des beschlagnahmten Materials hatten?

13. Stimmt es, daß während dieser Dienstbesprechung darüber gesprochen wurde, daß bei Schön große Mengen Aktenmaterials aus dem Bundesmi-

Präsident Dr. Fischer

nisterium für Landesverteidigung aufgefunden wurden?

14. Warum wurde in diesem Zusammenhang bis heute kein Strafverfahren gemäß § 310 StGB (Verrat von Amtsgeheimnissen) eingeleitet?

15. Waren Sie zum Zeitpunkt der Dienstbesprechung bereits davon informiert, daß Mayerhofer und Schneider die Voruntersuchung einstellen wollten?

16. Haben Sie dieses Vorhaben gebilligt?

17. Warum haben Sie bereits am 20. Dezember 1989 den „Oberösterreichischen Nachrichten“ erklärt, Sie „rechnen jedoch nicht mit einer Anklage“?

18. Wie konnten Sie diese Erklärung abgeben, obwohl zu diesem Zeitpunkt wichtige Erhebungen erst begonnen hatten und Sie — laut Ihrem Gespräch mit den „Oberösterreichischen Nachrichten“ — „über das Material, das man bei den Hausdurchsuchungen gefunden habe, noch nicht informiert“ seien?

19. Aus welchem Grund haben Sie zu diesem Zeitpunkt versucht, das Verfahren zu präjudizieren?

20. Stimmt es, daß die ÖVP-Fraktionssitzungen zur Vorbereitung des Justizausschusses immer wieder im Bundesministerium für Justiz, insbesondere bei Generalanwalt Mayerhofer, abgehalten wurden?

21. Richter Gallhuber hat, bevor er aus gesundheitlichen Gründen in Pension ging, mit Nachdruck empfohlen, den Fall einem unabhängigen Gericht zu überantworten. Warum waren Sie nicht bereit, seinen Empfehlungen Folge zu leisten?

22. Stimmt es, daß der Untersuchungsrichterin Aumann im heurigen August der Akt über Antrag der Oberstaatsanwaltschaft und des Lichal-Verdichters entzogen wurde?

23. Was haben Sie unternommen, seit bekannt wurde, daß der schwerwiegende Verdacht vorliege, daß Untersuchungsrichterin Aumann vom Heeresnachrichtenamt bespitzelt wurde?

24. Wie oft und wann haben Sie sich in der Causa „Oerlikon/Lichal“ berichten lassen?

25. Wie oft und wann haben Sie die Causa „Oerlikon/Lichal“ mit Dr. Robert Lichal besprochen?

26. Was war der Inhalt dieser Besprechungen?

27. Wie oft und wann haben Sie die Causa „Oerlikon/Lichal“ mit Dr. Michael Graff erörtert?

28. Wie oft und wann hat Dr. Graff in dieser Causa bei LOStA Dr. Schneider und bei Generalanwalt Dr. Mayerhofer vorgesprochen?

29. Haben Sie den Eindruck gehabt, daß von seiten der ÖVP und einzelner ihrer Abgeordneter versucht wurde, Sie zur Einstellung des Verfahrens gegen Lichal zu bewegen?

30. Warum haben Sie im Fall Sinowatz, bei dem weit weniger an belastenden Dokumenten und Zeugenaussagen vorlag, grünes Licht für den Strafantrag gegeben, in der Causa Lichal jedoch nur Schritte gegen die zielführenden Erhebungen StA Mekis und den Untersuchungsrichtern Gallhuber und Aumann gesetzt?

31. Halten Sie es aus der Sicht des Justizministers für unproblematisch, daß der Verdächtige Robert Lichal jetzt immuner Abgeordneter zum Nationalrat und möglicherweise dessen Zweiter Präsident wird?

Im Sinne des § 93 Abs. 4 des Geschäftsordnungsgesetzes verlangen die unterzeichneten Abgeordneten die dringliche Behandlung dieser Anfrage vor Eingang in die Tagesordnung der heutigen Sitzung des Nationalrates.

Präsident Dr. Fischer: Als erster Redner hat sich der Erstanfragesteller Abgeordneter Pilz zum Wort gemeldet. Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Pilz das Wort.

16.02

Abgeordneter Dr. Pilz (Grüne): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Bundesminister! Es ist sicherlich außergewöhnlich, und einige der alten und auch neuen Kolleginnen und Kollegen hier im Nationalrat haben mich darauf angesprochen: Na, das gibt es eigentlich normalerweise nicht, daß man am ersten Tag, einem „Feiertag“ des Parlaments, eine dringliche Anfrage stellt. — Das stimmt. Das ist absolut unüblich. Ebenso unüblich — und das habe ich den Kolleginnen und Kollegen gesagt —, wie es halt unüblich sein sollte, daß man an irgendeinem Tag des Parlaments die freie Debatte in diesem Haus verhindert, die freie Debatte in diesem Haus nicht zuläßt.

Wir hatten — das gebe ich ganz offen zu — einen Hintergedanken beim Einbringen dieser dringlichen Anfrage. Wir haben befürchtet, daß Sie eine selbstverständliche Debatte über die Personen, die sich der Wahl zum Präsidium dieses Nationalrates stellen, nicht zulassen werden. Es ist uns nichts anderes übriggeblieben, als diese dringliche Anfrage einzubringen. Aber diese dringliche Anfrage ist auch dringlich, weil in diesem Parlament jetzt etwas passiert, was es wirklich noch nie gegeben hat: Ich konnte mir bis heu-

Dr. Pilz

te nicht vorstellen, daß ein Udo Proksch oder sonst irgendwer Präsident des Nationalrates wird. Ich konnte mir auch bis heute nicht vorstellen, daß ein Robert Lichal Präsident dieses Nationalrates wird. Offensichtlich habe ich ein sehr beschränktes Vorstellungsvermögen. (*Ruf bei der ÖVP: Nicht nur das ist beschränkt!*)

Offensichtlich ist in dieser parlamentarischen Demokratie einiges möglich, was nicht nur Angehörige der grünen Fraktion nicht nur aus parlamentarischen Gründen, aus demokratiepolitischen Gründen, sondern allein schon aus Geschmacksgründen, aus Gründen des guten Geschmacks für vollständig ausgeschlossen gehalten haben.

Ich will mich nicht in die internen Probleme der Österreichischen Volkspartei einmischen. Wahrscheinlich ist der Grund für die Malaise, vor der wir hier jetzt stehen, in Person eines drohenden Zweiten Nationalratspräsidenten Dr. Lichal, ÖVP-hausgemacht. Aber trotzdem sollten wir uns zumindest die Zeit nehmen, darüber zu reden, was da eigentlich passiert ist und was noch auf dieses Haus zukommt.

Ich garantiere Ihnen: Mit der Wahl von Lichal wird das Thema, nämlich diese Art, Justizpolitik zu machen, und diese Art und Weise, wie die österreichische Justiz jetzt über ein Jahr lang im Interesse der Österreichischen Volkspartei mißbraucht worden ist, heute nicht beendet sein. Dieses Thema, meine Damen und Herren, wird — ganz egal, wie die Wahl des Zweiten Nationalratspräsidenten ausgeht — in diesem Haus und außerhalb eine Fortsetzung finden. Das garantiere ich Ihnen hier und jetzt.

Meine Damen und Herren! Robert Lichal ist sicherlich sogar in der Österreichischen Volkspartei ein Außenseiter. Es gibt — und ich sage das ganz persönlich — von meinem persönlichen Empfinden her niemanden in irgendeiner verantwortungsvollen Funktion dieses Landes, den ich in meiner parlamentarischen Tätigkeit kennengelernt habe, der eine geringere Achtung vor den Prinzipien des Rechtsstaates und des Parlamentarismus hat. Ich habe niemanden dieser Art kennengelernt.

Ich habe niemanden kennengelernt, der wie Lichal hergegangen ist und seinerzeit gesagt hat: „DRAKEN nur über meine Leiche. Die Sozialisten und Freiheitlichen wollen Schrott kaufen, das werden wir niemals zulassen!“ — Kurz nach seiner Bestellung zum Verteidigungsminister war er der Mann, der alles getan hat, um diesen Schrott in Österreich zum Einsatz zu bringen und den österreichischen Staat um fast 9 Milliarden Schilling zu schädigen.

Bespitzelung der Grünen und anderer Oppositioneller, geheimes Zusatzbudget unter Umgehung des Parlaments in der Höhe von mehr als 600 Millionen Schilling, Machtkämpfe im Verteidigungsministerium mit brutaler Ausschaltung aller politischen Gegner, und jetzt als Höhepunkt nach der Raketenbeschaffung die Affäre Oerlikon!

Ich will Sie nicht lange mit den Details aufhalten, der Sachverhalt ist Ihnen allen bekannt, und jeder von Ihnen — zumindest hoffe ich das —, der heute hier Robert Lichal gewählt hat, wird zumindest kurz einmal darüber nachgedacht haben, was da eigentlich in den letzten Jahren passiert ist. Ich nehme an, daß Ihnen bekannt ist, daß kein Mangel an Munition bestanden hat, daß die Behauptung, daß es zuwenig Munition gebe, eine glatte Falschbehauptung war, daß bei Matra keine Lieferschwierigkeiten bestanden hätten. Jeder von Ihnen kennt die veröffentlichten Dokumente. Selbstverständlich hätte die andere um die Hälfte billigere Firma liefern können.

Alfred Worm vom „profil“ hat 21 Lügen des Verteidigungsministers im Zusammenhang mit der Munitionsaffäre gezählt. Ich habe die Dokumente überprüft. Jeder einzelne dieser 21 Vorwürfe der Lüge ist stichhältig. Ich habe mir selbst fünf größere Brocken angeschaut und festgestellt, daß die Öffentlichkeit zumindest ein Jahr lang nach Strich und Faden — und mit ihr dieses Parlament — belogen worden ist.

Warum haben Sie sich nicht aufgeregt, meine Damen und Herren? Warum hat das keine Konsequenzen gehabt? Warum haben Sie, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, zwar bei jeder Gelegenheit erklärt, das ist ein Verteidigungsminister, wie es ihn nicht in diesem Land geben dürfte, aber wenn es darum gegangen ist, dieses Land, diese Regierung und dieses Parlament von Lichal zu befreien, dann sind Sie zurückgeschreckt, dann haben Sie gesagt: Na, die Koalitionsräson!

Was ist von einem Bundeskanzler zu halten, der im Jänner erklärte: „Diesem Verteidigungsminister steht der Schlamm bis zum Hals!“? Inzwischen ist dieser Verteidigungsminister in diesem Schlamm spurlos verschwunden, nicht eine einzige Sumpfblass dringt mehr an die Oberfläche. Wie sieht es mit der Spurensicherung aus, meine Damen und Herren von der SPÖ? Ist Ihnen etwas aufgefallen? Hat das irgend etwas mit Regierung zu tun, hat das irgend etwas mit Rason zu tun? Hat das irgend etwas mit Parlament zu tun? Oder ist es Ihnen vollkommen Wurscht, was in diesem Haus passiert? Ist Ihnen vollkommen Wurscht, wen Sie da wählen?

Meine Damen und Herren! Kommen wir zu dem Punkt: Es ist mir persönlich relativ Wurscht

Dr. Pilz

— ich erachte es fast als eine Selbstverständlichkeit bei jemandem, der wie Dr. Lichal in eine Affäre völlig verstrickt ist, sodaß man nur noch nach seinen Motiven fragen kann —, ob man darüber redet: Hat er gelogen, oder hat er nicht gelogen? Natürlich hat er — und wahrscheinlich ist ihm als Person nichts anderes übriggeblieben — in ganz bestimmten Situationen versucht, persönlich zu retten, was noch zu retten ist.

Aber es sind zwei andere Sachen passiert, und deswegen stellen wir heute diese dringliche Anfrage. Zum ersten hat die Österreichische Volkspartei beschlossen, mit Robert Lichal bis zum bitteren Ende mitzugehen. Ich habe Sie, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei im Lucona- und im NORICUM-Ausschuß erlebt. Ich habe miterlebt den Herrn Dr. Graff, den ich dort auf eine ganz bestimmte Art schätzensgelernt habe. Ich habe miterlebt, wie immer wieder von der ÖVP gesagt worden ist: Jetzt wird aufgeräumt in der Staatspolizei, in der Geheimpolizei, in der Justiz, in der Oberstaatsanwaltschaft Wien, im Justizministerium. Jetzt ist endlich Schluß mit der politischen Vergewaltigung der Justiz! Einige Herren von der Österreichischen Volkspartei waren die, die am lautesten geschrien haben. Der allerlauteste war Dr. Michael Graff.

Seit einem Jahr wird die österreichische Justiz in einer Art und Weise vergewaltigt, wie das bei Lucona und NORICUM noch nicht denkbar war. Ich frage mich: War das die Konsequenz der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse? War das die einzige Konsequenz, daß dort, wo wir der Sozialistischen Partei einiges an politischer Verantwortung nachgewiesen haben, jetzt die Österreichische Volkspartei herkommt und sagt: Wir können noch viel mehr an politischer Verantwortung tragen, wir können noch viel mehr an Gaunereien decken, ihr werdet sehen, was wir als geschrumpfte Fraktion auszuhalten bereit sind!? Wir gehen mit unserem untergegangenen Verteidigungsminister durch dick und dünn (*Abg. Heinzinger: So ist es!*), völlig Wurscht, was mit uns passiert. Wir sind die österreichische Verliererpartei. (*Abg. Heinzinger: So ist es!*) Uns ist es Wurscht, ob wir mit oder ohne Lichal in den politischen Untergang gehen.

Offensichtlich ist es Ihr politisches Rezept, Sie gehen sehr konsistent danach vor, Sie werden auch den entsprechenden politischen „Erfolg“ ernten.

Etwas Zweites halte ich für wesentlich wichtiger, denn es betrifft nicht die ÖVP, sondern das betrifft uns alle, das Parlament und diese Bundesregierung, nämlich die Haltung von Bundesminister für Justiz, Herrn Dr. Foregger.

Wie Sie alle wissen, habe ich zu denjenigen gehört, die diesem Justizminister einen sehr, sehr großen Vertrauensvorschuß gegeben haben. Ich habe lange Zeit geglaubt, daß Justizminister Foregger bereit ist — ich habe es bis vor sehr, sehr kurzer Zeit geglaubt —, letzten Endes Grundrechte und Fragen der Rechtspflege über jedes parteipolitische Interesse zu stellen. Ich habe mir nur gedacht, manchmal geht es halt ein bißchen langsam. Manchmal kann er sich halt nur langsam durchsetzen. Aber letzten Endes ist Foregger ein Garant dafür, daß in dieser Justiz nicht wieder die Brodaschen oder Ofnerschen Sitten einreißen. Ich gebe zu, ich habe einen Fehler gemacht, ich habe mich grundsätzlich getäuscht.

Ich habe mir jetzt das mir zugängliche Akten- und Beweismaterial durchgeschaut. Ich habe mir das sehr, sehr genau durchgeschaut. Ich kann nur eines feststellen: Ohne Justizminister Foregger und seine Rolle in dieser Affäre wäre das politische Weiterkriechen der Affäre Lichal in diesem Land nicht denkbar gewesen. Justizminister Foregger trägt die politische Hauptverantwortung dafür, daß es zu einer krassen Ungleichbehandlung führender Politiker in diesem Land gekommen ist, daß es zum jetzigen Zeitpunkt etwas wie Sonderrechte der Österreichischen Volkspartei in diesem Land gibt. Ich glaube, es lohnt sich, hier auf einige konkrete Fakten einzugehen.

Anfang Dezember vorigen Jahres hat es bereits sehr konkrete Hinweise auf eine tiefe Verwicklung von Verteidigungsminister Lichal in die Munitionsaffäre, in die Oerlikon-Affäre gegeben. Zum damaligen Zeitpunkt, weil Veröffentlichungen im „profil“ bevorstanden, hat sich Staatsanwalt Dr. Mekis entschlossen, bei Gefahr in Verzug Hausdurchsuchungen durchzuführen, wie wir heute wissen, äußerst erfolgreiche Hausdurchsuchungen, Hausdurchsuchungen, die in beiden Fällen — beim Waffenhändler Schön und beim Verteidigungsminister Lichal — außerordentlich erfolgreich waren.

Einen Tag später hat ein Teil der österreichischen Justiz mit dem Minister an der Spitze zurückschlagen. Einen Tag später hat es eine Sitzung im Justizministerium unter Führung des Generalanwaltes Dr. Mayerhofer gegeben, aus deren Protokoll zu zitieren sich wirklich lohnt — ein Generalanwalt im Justizministerium, der sich den Kopf über Funktionsträger zerbricht!

Ich zitiere: Mayerhofer verweist zunächst darauf, daß die Einleitung der Voruntersuchung für einen Funktionsträger, wie es ein Minister sei, weitreichende Konsequenzen haben könne. Die Einleitung der Voruntersuchung gegen einen Minister könne dazu führen, daß der Minister die Funktion aufzugeben habe. — So weit, so richtig. Es stimmt, es kann weitreichende Konsequenzen haben.

Dr. Pilz

Nur: Wie haben sich die leitenden Herren der Justiz jetzt diese weitreichenden Konsequenzen vorgestellt? — Auf die Frage von Generalanwalt Dr. Mayerhofer, wie sich die Anklagebehörde zur Beschwerde des Verteidigungsministers Dr. Lichal gegen die Einleitung der Voruntersuchung stellen solle, meint Schneider, daß der Beschwerde beigetreten werden solle.

Der Leiter der Oberstaatsanwaltschaft Wien erklärt — ohne das Aktenmaterial überhaupt zu kennen, ohne eine Ahnung zu haben, was bei der Haussuchung aufgetaucht ist —, dieses Verfahren gehöre eigentlich eingestellt, die Voruntersuchung gehöre sofort gestoppt. Schneider schlägt vor, den Antrag auf Voruntersuchung gegen Verteidigungsminister Dr. Lichal zurückzuziehen, gleichzeitig Vorerhebungen zu beantragen und detaillierte Anträge zu stellen. Mayerhofer weist darauf hin, daß das rechtlich nicht möglich ist, weil die Voruntersuchung bereits vom Untersuchungsrichter eingeleitet wurde.

Da muß sich der Leiter der Oberstaatsanwaltschaft vom Generalanwalt erklären lassen, daß sein Versuch, Lichal zu decken und die Voruntersuchung abzdrehen, sogar rechtswidrig ist, mit der Rechtsordnung nicht in Vereinbarung zu bringen ist. Das muß sich der Leiter der Wiener Oberstaatsanwaltschaft erklären lassen.

Und in dieser Tonlage geht es weiter. Zu diesem Zeitpunkt, meine Damen und Herren, hat niemand im Justizministerium irgend etwas gewußt über das Ergebnis der beiden Hausdurchsuchungen. Trotzdem hat Justizminister Foregger — und das ist für mich einer der bemerkenswertesten Punkte — zwei Tage später öffentliche Erklärungen abgegeben. Er hat gegenüber den „Oberösterreichischen Nachrichten“ erklärt — ich zitiere —: Auch für Lichal gelte, was es wiegt, das hat's. Er rechne jedoch nicht mit einer Anklage.

Was soll das? — Sein Justizminister, am Beginn eines Verfahrens — nicht nur mit Richtung auf die Öffentlichkeit, sondern durchaus auch mit Richtung auf die Beamten in der Staatsanwaltschaft, in der Oberstaatsanwaltschaft —, erklärt: Ich, der Justizminister, rechne nicht mit einer Anklage. Und im gleichen Interview erklärt er noch etwas Weiteres. Er sei über das Material, das man bei den Hausdurchsuchungen gefunden habe, noch nicht informiert. Das heißt, der Justizminister sagt, er habe eigentlich keine Ahnung über den Verfahrensstand. Er wisse ja eigentlich überhaupt nicht, was gegen den Herrn vorliege. Aber mit einer Anklage rechne er als Justizminister eigentlich nicht.

Und da frage ich mich: Was steckt da dahinter? Was ist damals eigentlich passiert? Was ist damals im Justizministerium passiert? Und es lohnt sich,

auch diese Frage noch ein Stück weiterzuverfolgen.

Möglicherweise ist eines passiert. Möglicherweise hat Justizminister Foregger ähnliches auch einmal in Richtung Sozialistische Partei probiert. Es hat eine ähnliche Sitzung am 18. März 1988 im Justizministerium gegeben. Damals wollte der Linzer Untersuchungsrichter, daß es möglichst bald zur Anklage gegen die Politiker im NORICUM-Verfahren kommt. Damals ist es dem Justizminister gelungen, durchzusetzen, daß das hinausgezögert wird. Er hat nur in einem Punkt nicht mit uns und nicht mit dem Parlament gerechnet. Dieses Parlament — und das ist allen gemeinsam hoch anzurechnen — hat verhindern können, daß die Politiker im NORICUM-Verfahren nicht angeklagt werden dürfen. Und daraufhin — Sie haben es alle persönlich miterlebt — hat es den großen politischen Vertrauensentzug gegen Justizminister Foregger von seiten der Sozialistischen Partei gegeben.

Aber ich frage mich, Herr Justizminister, wäre es deshalb notwendig gewesen und ist es deshalb notwendig gewesen, alle Karten auf die ÖVP zu setzen und zu sagen: Was mit den Sozialisten nicht gegangen ist, das biete ich halt der Österreichischen Volkspartei an!? War es notwendig, zu sagen: In einem Land wie diesem, wo alles zwischen den Großparteien aufgeteilt ist, muß ich mir halt eine Großpartei suchen, auf die ich mich stützen kann!? War es notwendig, Herr Justizminister Foregger, mit all dem, was Sie an großem Vertrauen in der Öffentlichkeit und auch hier im Parlament genossen haben, mit all dem, was Sie an öffentlicher Unterstützung, auch gerade von seiten der Medien bekommen haben, sich in dieser Situation einer der beiden Großparteien an den Hals zu werfen? Das ist die zentrale politische Frage, die ich Ihnen in diesem Zusammenhang stelle.

Sie wissen ja, wie es weitergegangen ist. Sie haben sich ja ständig berichten lassen. Sie haben sich ja von den untersuchenden Justizorganen die Fotokopien schicken lassen. Sie haben doch miterlebt — und Sie sollten auch uns einmal darüber erzählen —, wie sich zum Beispiel Verteidigungsminister Lichal bei seiner Zeugeneinvernahme verhalten hat. Sie kennen doch die Art und Weise, wie Lichal mit der Justiz umgegangen ist, wie ihm zum Beispiel bei seiner Zeugeneinvernahme die ersten konkreten Aktenstücke vorgehalten worden sind.

Auf den Vorhalt Seite 559 letzter Absatz: Lichal: Ich will dazu nicht Stellung nehmen. — Nächster Vorhalt: Nehme ich nicht mehr Stellung. — Nächster Vorhalt: Dazu sage ich nichts. — Nächster Vorhalt: Ich bleibe dennoch bei meiner Entscheidung, nichts zu sagen.

Dr. Pilz

Nächster Vorhalt: Dazu gebe ich keine Stellungnahme ab! — Nächster Vorhalt: ... gebe ich an, daß ich auf diese Frage nicht antworten will, weil ich die Erörterung für ausreichend halte. — Nächster Vorhalt: Ich bleibe dabei, auch zu dieser Frage keine Stellungnahme abgeben zu wollen. — Nächster Vorhalt: Auf diese Frage will ich nicht antworten.

Und abschließender Kommentar, abschließende Feststellung des damaligen beschuldigten Verteidigungsministers: Ich betrachte meine Beschuldigteneinvernahme zum Beschaffungsvorgang als erledigt, nehme daher zu dieser Frage nicht Stellung.

Damit, Herr Justizminister, haben Sie sich zufriedengegeben. Das ist für Sie eine ordentliche Zeugenaussage. Sagen Sie, wie können Sie tolerieren, daß hier schon Monate — das war im Jänner 1990 — mit der Justiz schlittengefahren worden ist, sich die Österreichische Volkspartei in aller Öffentlichkeit über die Justiz lustig gemacht hat? Wie können Sie tolerieren, daß ein Regierungskollege von Ihnen zum Untersuchungsrichter geht und letzten Endes, in seine Sprache übersetzt, sagt: Rutschen Sie mir bitte den Buckel runter!? Denn etwas anderes hat Lichal dem Untersuchungsrichter nicht gesagt. Das können Sie zur Kenntnis nehmen? Und dann können Sie akzeptieren, daß die Oberstaatsanwaltschaft sagt: Drehen wir dieses Verfahren ab!?

Aber wir sind noch nicht soweit. Das Problem, das Mayerhofer im Ministerium, enger Vertrauter der Österreichischen Volkspartei, Schneider in der Oberstaatsanwaltschaft und offensichtlich auch Sie als Justizminister hatten, war folgendes: Dadurch, daß Staatsanwalt Dr. Mekis im Dezember 1989 die Voruntersuchung eingeleitet hatte, war der ganze Fall bei einem unabhängigen Untersuchungsrichter, und alles, was versucht worden ist, Unter-Druck-Setzen, öffentliche Einschüchterung durch die ÖVP, hat nichts genützt.

Dann hat es einen Glücksfall gegeben. Der Untersuchungsrichter Dr. Gallhuber, der diesen Fall wirklich penibel verfolgt hat, ist krank geworden, hat aus gesundheitlichen Gründen sein Amt nicht mehr ausüben können. Darin haben Sie alle miteinander eine Chance gesehen, da haben Sie die Chance gesehen, dieses Verfahren abzuwürgen. Sie haben Pech gehabt. Die Nachfolgerin des Untersuchungsrichters Dr. Gallhuber, Frau Dr. Aumann, war genauso penibel und engagiert wie ihr Vorgänger.

Sie konnten dieses Verfahren nicht mehr aus der Voruntersuchung herausbringen, und es war zu befürchten, daß das in eine konkrete Anklageerhebung münden mußte. Jeder, der sich damals in der Justiz umgehört hatte, hat gehört: Bei dem dichten Beweismaterial ist eigentlich etwas ande-

res als eine Anklageerhebung nicht mehr denkbar. Es hat nur noch eine Möglichkeit gegeben, und diese Möglichkeit war der Versuch der juristischen Entmündigung der Untersuchungsrichterin, der Versuch, ihr das Verfahren zu entziehen.

Einige Male ist dieser Antrag vom Lichal-Anwalt gestellt worden, einige Male ist ihm nicht nahegetreten worden, bis sich die Oberstaatsanwaltschaft Wien diesem Vorhaben angeschlossen hat, bis die Oberstaatsanwaltschaft Wien erklärt hat: Eigentlich wollen auch wir der Untersuchungsrichterin das Verfahren wegnehmen. Ab diesem Zeitpunkt hat es grünes Licht für die Verhinderer und Vertuscher in der Justiz gegeben. Ab diesem Zeitpunkt hatten die Untersuchungsrichter keine Chance mehr.

Und das haben Sie genützt, denn dann ist alles relativ schnell gegangen. Seitdem arbeitet die Oberstaatsanwaltschaft an einem Bericht, von dem uns Herr Dr. Graff heute bereits in einer Pressekonferenz erklärt hat, was dabei herauskommt. Das muß man sich auf der Zunge zergehen lassen! Das Justizministerium ist jetzt noch gar nicht bereit, öffentlich dazu Stellung zu nehmen, wohl aber Graff.

Ich lese Ihnen die APA-Zusammenfassung der Graff-Pressekonferenz vor: Wien, APA. ÖVP-Justizsprecher Michael Graff bestätigte Montag, daß die Oberstaatsanwaltschaft Wien in ihrem Vorhabensbericht an das Justizministerium mitteilt, daß sie die Absicht hat, das Strafverfahren gegen den — in Kürze ehemaligen — Verteidigungsminister Robert Lichal im Zusammenhang mit der Munitionsaffäre einzustellen.

Stellen Sie sich das einmal vor! Das wird nicht einmal mehr vom Justizminister oder von einem Organ der Justiz, vom Sprecher der Oberstaatsanwaltschaft bekanntgegeben, sondern „ÖVP-Justizsprecher Michael Graff bestätigte Montag ...“ Das sind jetzt schon die halboffiziellen Formulierungen des Justizministeriums.

Herr Justizminister, warum machen Sie es überhaupt nicht gleich so: Übergeben Sie die Verfahren dem ÖVP-Justizsprecher! Sagen Sie, er soll das entscheiden! Führen wir doch dieses Kasperltheater mit einer unabhängigen Justiz nicht weiter auf! Sagen Sie: Ich räume meinen Sessel! Mir macht es ohnehin keinen Spaß mehr! Egmont — ein Trauerspiel. Schluß damit! Graff soll auf den Sessel! Graff soll es machen! Wenn, dann mit offenen Karten! Wenn, dann das Visier hinauf! Wenn, dann lassen Sie gleich den ÖVP-Justizsprecher dorthin, wo er derzeit versucht, mit Strohmännern zu arbeiten. Wenn, dann offene Politik! Wenn, dann offene Übergabe der Justiz an die Österreichische Volkspartei! Ich glaube zwar nicht, daß es ihr politisch etwas nützt, aber

Dr. Pilz

es wäre wahrscheinlich, Herr Dr. Lichal, in Ihrem Sinne einen Versuch wert.

Das ist der Punkt, an dem wir uns derzeit befinden, und ich behaupte, es ist nur noch eine Frage taktischen Kalküls, wann und wie dieses Verfahren eingestellt wird. Ich behaupte, daß im Justizministerium nur noch darüber nachgedacht wird, wann die Optik gerade noch erträglich ist. Machen wir es kurz vor der Wahl, schaut es blöd aus. Machen wir es kurz nach der Wahl und rund um die Angelobung und um die Wahl von Dr. Lichal, schaut es auch nicht so toll aus. Warten wir ein paar Tage, bis sich das Ganze wieder beruhigt hat, und dann geben wir, möglichst an einem Tag zwischen zwei Feiertagen oder so, eine Erklärung ab! — Das ist doch das einzige Problem, das Sie in diesem Zusammenhang noch haben.

Und das, meine Damen und Herren, ist der Punkt, wo ich jetzt einige Fragen an die Sozialistische Partei und ihre Abgeordneten richten möchte.

Meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei! Haben Sie es überhaupt noch notwendig und warum haben Sie es notwendig, jetzt all das zu decken, was in dieser Justizfarce in diesem Land jetzt passiert? Haben Sie es wirklich notwendig, all das zu decken, was rund um einen gescheiterten Verteidigungsminister passiert?

Möglicherweise ist Ihr politisches Kalkül so: Wenn wir jetzt zu sehr auf Foregger hinhauen, wenn wir jetzt Lichal nicht wählen und unmöglich machen und letzten Endes der Justiz in diesem Fall auch eine Chance geben, dann können wir vielleicht doch noch ein paar Jahre große Koalition über die Bühne bringen.

Herr Dr. Vranitzky, das ist doch offensichtlich Ihr politisches Kalkül. Sie als Bundeskanzler und jetzt als „Paar-Tage-Abgeordneter“ wollen doch jeden politischen Preis dafür zahlen, daß die ÖVP als Mittelpartei jetzt noch einmal vier Jahre mit Ihnen durchmacht. Da schlucken Sie einen Lichal, und da schlucken Sie noch etliches andere.

Allerdings stelle ich Ihnen die Frage, ob diese Rechnung nicht falsch ist. Die Affäre Lichal — und ich rede jetzt nur über die Affäre Lichal — wird mit diesem Tag nicht aufhören! Sie geht — das garantiere ich Ihnen — weiter. Sie geht vorläufig einmal weiter mit der Flugzeuggeschichte.

Ich habe mir jetzt einmal die Unterlagen angeschaut. An dieser Flugzeuggeschichte ist zumindest genausoviel dran wie an der ganzen Geschichte rund um die Oerlikon-Beschaffung.

Schauen Sie sich die Gesellschafterliste der Aerospace Handels-Gesellschaft, im März 1989 gegründet, an! Dr. Walter Schön, Dr. Walter Georg Schön, Mag. Alexander Schön. Die gründen

schnell eine Gesellschaft und sind offensichtlich die einzigen, die in Österreich wissen, daß ein Flugzeug um einen ziemlich hohen Preis bei der Firma British Aerospace gekauft werden soll, damit Verteidigungsminister Lichal karitative Aufgaben Österreichs in aller Welt militärisch wahrnehmen kann. Und am 14. 3. — das heißt acht Tage später — wird das Ganze erst im Verteidigungsministerium ruchbar. Erst acht Tage nach Gründung dieser Ges.m.b.H. beginnen die ersten Planungsschritte im Verteidigungsministerium.

Ich habe mir das Ganze angeschaut. Da wird erst einmal darüber geredet, was man da überhaupt ausschreiben könnte, was man überhaupt brauchen könnte, worüber man nachdenken sollte. In der Zwischenzeit erklärt Herr Schön, sogar gegenüber der britischen Botschaft und der britischen Regierung, daß er daran denkt, dieses Geschäft mit dem Verteidigungsministerium zu machen. Es werden bereits Verträge mit British Aerospace abgeschlossen, in denen schon genau steht, was Schön dafür kassieren soll: 3,5 Prozent gleich vom Kaufpreis und 3,5 Prozent auf jeden Ersatzteil.

Mit Ausnahme des DRAKEN-Vertrages kenne ich keinen einzigen Vertrag dieser Art und Weise, und es ist kein Zufall, daß Sie mit beiden sehr, sehr eng zu tun haben.

Dann geht es weiter. Geheimhaltungsvertrag. Und dann sogar ein Brief von British Aerospace an den „dear Minister“. Der „dear Minister“ sind offensichtlich Sie, Herr Dr. Lichal! Man war bereits so weit, daß man Sie als „lieben Minister“ titulieren konnte.

Weiteres kommt dann. Nachdem man gesehen hat, da wäre ein dickes Geschäft zu machen, hat man gesagt: Wir machen das nicht nur mit British Aerospace, sondern wir schauen uns gleich die Aeritalia an, die Firma Aeritalia, die in einer anderen Kategorie Großraumflugzeuge liefern könnte. Man hat gleich geschaut, ob da beschaffungsmäßig auch etwas drinnen ist.

Und da, Herr Dr. Lichal, steckt noch einiges drin, da wird noch einiges ans Tageslicht kommen. Und das ist mindestens eine genauso große Schiebung wie die ganze Oerlikon-Affäre. Es wird sich wieder herausstellen — und es beginnt sich bereits herauszustellen —, daß Sie wieder die Schlüsselfigur dieser Geschichte sind, daß überall dort, wo im Militärbereich Zwielight auftaucht, mitten in diesem Zwielight Dr. Lichal steht. Das ist offensichtlich eine militärische Binsenweisheit, die sich auch in diesem Fall bewahrheiten wird.

Dann geht es weiter, und wir werden uns auch das anschauen. Ich stelle mir jetzt langsam die Unterlagen über die neue Raketenbeschaffung zusammen. Ich habe jetzt begonnen, mir das Mi-

Dr. Pilz

stral-Geschäft anzuschauen. Auch damit werde ich in den nächsten Tagen und Wochen die Öffentlichkeit befassen. Auch da dürfte einiges zum Himmel stinken.

Das sind drei Sachen, und wenn wir weiterrecherchieren, werden wir noch auf mehr draufkommen. Wir werden draufkommen, daß die Oerlikon-Verbindung Schön-Lichal keine Zufallsverbindung war, sondern die tragende Verbindung in der gesamten Beschaffungspolitik des Ressorts. Und dann werden wir einmal darüber reden müssen, ob nicht das Parlament das Recht hat, zu eruieren, warum CV-Bruder Lichal dem CV-Bruder Schön all diese Dienste erwiesen hat. War es nur aufgrund fehlenden Faktenwissens auf seiten des Verteidigungsministers, daß man immer das Teurere und immer das Schlechtere gekauft hat? War es vielleicht die Bruderschaft im Kartellverband? Oder hat der ehemalige Verteidigungsminister andere, persönlichere Interessen damit verbunden? — Das, Herr Dr. Lichal, werden wir uns genau anschauen müssen, allenfalls, sollte es notwendig werden, auch in Form eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses.

Meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei! Sie sollten sich bei all dem, was jetzt vorgeht, an eines erinnern, nämlich wie in Situationen wie dieser die Österreichische Volkspartei immer mit Ihnen umgegangen ist. Herr Dr. Vranitzky! Nicht sagen, das wissen Sie eh! Ich werde Ihnen etwas von Generalanwalt Dr. Mayerhofer, ein treuer Beamter der Österreichischen Volkspartei und nebenbei auch des Justizministeriums vorlesen. Auf Seite 9 des Protokolls steht folgendes: Mayerhofer weist darauf hin, daß nunmehr gegen fünf Mitglieder der Bundesregierung Strafverfahren anhängig seien, wobei Verteidigungsminister Dr. Lichal der einzige sei, gegen den Voruntersuchung eingeleitet worden sei. Mayerhofer erklärt damit folgendes — und es geht ja dann weiter —: Es ist doch eigentlich ungerecht, daß nur gegen den ÖVP-Minister eine Voruntersuchung eingeleitet wird und gegen die sozialistischen Regierungsmitglieder und den Präsidenten des Nationalrates nicht.

Na, Sie haben ja die Entwicklung in der Zwischenzeit miterlebt. Was ist passiert? — Heute hätte Mayerhofer keinen Grund mehr, sich zu beklagen. Gegen die führenden Sozialisten ist überall Anklage erhoben worden. Diese werden vor einem Richter stehen, sie werden vor einem Gericht stehen. Der ÖVP-Minister ist der einzige, der durchgekommen ist. Heute müßten sich ganz andere beklagen. Heute müßten sich jene beklagen, die zur Kenntnis nehmen mußten, daß es in der Justiz offensichtlich derzeit sogar zwischen den beiden Großparteien zweierlei Recht gibt.

Ich möchte Ihnen jetzt auch gar nicht unterstellen, daß Sie das wollen. Ich hoffe, niemand von

uns will zurück zu einem Justizminister, der sagt: Bitte schön, hier muß es Gleichbehandlung geben, kein einziger Minister einer großen Partei darf strafrechtlich verfolgt werden. — Wir wollen hoffentlich alle gemeinsam kein Zurück zu Broda und Ofner.

Aber eines muß schon einmal klargelegt werden: Wieweit sind Sie bereit, zu akzeptieren, daß nach langem parlamentarischem Kampf und gegen Ihren härtesten Widerstand die Strafverfolgung gegen sozialistische Spitzenfunktionäre durchgesetzt wird und dann an Sie das Ansinnen gestellt wird, daß ein Spitzenfunktionär der Volkspartei, der in einer unvergleichlichen Art und Weise in der Malaise drinnensteckt und mindestens drei Verfahren am Hals haben müßte — von Untreue bis zu Amtsmißbrauch —, hier auf einen der immunsten Sessel dieser Republik gewählt werden soll? Welche Motive haben Sie, Dr. Lichal der Justiz endgültig zu entziehen? Denn jeder von uns weiß, daß es sehr, sehr schwer möglich ist — ich erinnere an das Beispiel Leopold Gratz —, wenn jemand einmal da oben sitzt, ihn von dort wieder politisch und strafrechtlich herunterzuholen.

Überlegen Sie sich ein Weiteres, Herr Dr. Vranitzky, denn die Sache ist heute nicht erledigt: Sie können heute die Parteiräson über alles stellen. Aber wir werden den Fall Lichal, den Fall Oerlikon, den Fall Aerospace, wahrscheinlich den Fall Mistral und etliche andere Fälle mehr immer wieder aufrollen.

Ich kann mich persönlich erinnern: Bei Lucona haben wir sechs Anläufe gebraucht, bei NORICUM waren es zehn Anläufe. Ich schwöre und garantiere Ihnen: Bei Robert Lichal werden wir nicht mehr als vier bis fünf Anläufe brauchen. Robert Lichal ist für dieses Parlament und für die österreichische Justiz überreif.

Sie werden heute aller Wahrscheinlichkeit nach einen ganz, ganz schlechten Beitrag zur politischen Kultur in diesem Land leisten. Sie werden aber auf Dauer trotzdem nicht verhindern können, daß sich Parlamentarismus, Demokratie und Rechtsstaat durchsetzen, und zwar auch gegen Justizminister Foregger und auch gegen eine ÖVP, die bereit ist, mit Lichal in den Untergang zu gehen. Sie werden das trotzdem nicht verhindern können, und wenn es nur wir Grünen in diesem Parlament sind, die dafür kämpfen. Wir werden Bündnispartner finden, auch in Ihren eigenen Reihen, um auch in dieser Causa letzten Endes dem Parlament, dem Rechtsstaat und der Demokratie zum Durchbruch zu verhelfen. *(Beifall bei den Grünen.)* 16.36

Präsident Dr. Fischer**Ergebnis der Wahl des Zweiten Präsidenten**

Präsident Dr. Fischer: Hohes Haus! Bevor ich dem Herrn Bundesminister für Justiz im Sinne des § 93 Abs. 2 zur Stellungnahme zur dringlichen Anfrage das Wort erteile, gebe ich das Wahlergebnis bekannt, das inzwischen vorliegt:

Es wurden bei der Wahl zum Zweiten Präsidenten 172 Stimmen abgegeben, davon 147 gültige Stimmen. Die erforderliche absolute Mehrheit der gültigen Stimmen liegt somit bei 74 Stimmen.

Es entfielen auf Herrn Abgeordneten Dr. Robert Lichal 125 Stimmen. *(Beifall bei der ÖVP und bei Abgeordneten der SPÖ sowie der FPÖ.)* Herr Dr. Lichal ist somit zum Zweiten Präsidenten des Nationalrates gewählt, und ich frage ihn, ob er die Wahl annimmt.

Abgeordneter Dr. Lichal: Ich nehme selbstverständlich an.

Präsident Dr. Fischer: Herr Präsident Lichal! Ich gratuliere Ihnen zu Ihrer Wahl, lade Sie ein, am Präsidium Platz zu nehmen und die Frau Präsident Hubinek abzulösen. *(Beifall bei der ÖVP und bei Abgeordneten der SPÖ sowie der FPÖ. — Abg. Dr. Pilz: Herr Präsident! Ich schlage Udo Proksch als Dritten Präsidenten vor! — Ruf bei der ÖVP: Als grünen Kandidaten! — Heiterkeit.)*

Präsident Dr. Fischer: Meine Damen und Herren! Ich fahre in der geschäftsordnungsmäßigen Erledigung der dringlichen Anfrage fort und erteile dem Herrn Justizminister das Wort.

16.38

Bundesminister für Justiz Dr. Foregger: Hohes Präsidium! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die dem Bundesministerium für Justiz um 14.40 Uhr und mir selbst um 14.45 Uhr zugekommenen 31 Fragen der dringlichen Anfrage beantworte ich mit den durch die notwendige Eile gebotenen Vorbehalten nach bestem Wissen und Gewissen wie folgt:

Zu Frage 1: Die Mitteilung, daß die Oberstaatsanwaltschaft Wien dem Justizminister die Einstellung des Strafverfahrens gegen Dr. Robert Lichal empfohlen hat, stammt nicht von mir, auch nicht, wie ich mich vergewissert habe, von einem meiner Mitarbeiter oder der Oberstaatsanwaltschaft Wien. Ob es sich um eine bloße Vermutung handelt oder ob eine anderweitige Indiskretion vorgelegen ist, weiß ich nicht. Ich habe es bisher immer abgelehnt, den Inhalt von Vorhabensberichten vor der Entscheidung durch das Justizministerium bekanntzugeben, und ich habe auch dahin gewirkt, daß dies von den nachgeordneten Dienststellen so gehalten wird.

In diesem besonderen Fall beantworte ich die mir zu 1 gestellte Frage mit Ja.

Zu Frage 2: Es scheint dies der Kern der Überlegungen der Oberstaatsanwaltschaft Wien zu sein.

Zu Frage 3: Zu dieser und zu einigen anderen Detailfragen muß ich feststellen, daß uns der aus zehn Bänden mit insgesamt etwa 5 000 Seiten bestehende Akt, der auch noch etwas mehr als einen Kubikmeter Beilagen aufweist, am Dienstag der vergangenen Woche — morgen wird es eine ganze Woche her sein — vorgelegt worden ist. Es ist begreiflich, daß in dieser kurzen Zeit der Akt samt Beilagen nicht durchgearbeitet werden konnte.

Soweit meinen Mitarbeitern bekannt ist, hat Bundesminister Dr. Lichal — dies zur konkreten Frage — mehr als einmal, ein-, zwei-, allenfalls auch dreimal, wie Sie in Ihrer Anfrage behaupten, die fragegegenständliche Weisung erteilt.

Zu Frage 4: Ich möchte auch hier wie in meiner Antwort zu Frage 3 auf die Fülle des Materials verweisen. Natürlich ist es so, daß das Justizministerium wiederholt mündlich informiert worden ist und auch Ablichtungen von Teilen des Aktes hatte. Aber natürlich spielen hier auch die Beilagen eine große Rolle.

Nun zur konkreten Frage: Die straffjuristische Wertung einer bestimmten Verhaltensweise durch einen Beamten ist für sich allein für den Minister sicher nicht bindend. Eine Feststellung, daß Divisionär Fenz diese Erklärung abgegeben hatte, haben meine Mitarbeiter in den Akten bisher nicht gefunden, was aber natürlich nicht ausschließt, daß sich bei der Fülle des Materials diese Erklärung irgendwo findet. *(Abg. Voggenhuber: Die möchten wir gerne haben!)* Das wird Ihnen bekanntgegeben.

Zu den Fragen 5 bis 7: Auch an dieser Stelle möchte ich wieder darauf verweisen, daß es innerhalb einer Woche nicht möglich ist, eine derartige Fülle von Material durchzuarbeiten und verlässliche endgültige Auskünfte zu geben.

Soweit dies aus den bisherigen Berichten der staatsanwaltschaftlichen Behörden beziehungsweise aus dem im Bundesministerium für Justiz durchgeführten Studium der Akten möglich ist, kann festgestellt werden, daß Divisionär Fenz anläßlich einer Koordinierungssitzung vom 16. November 1987 und einer Dienstbesprechung vom 18. November 1987 Bundesminister Dr. Lichal darauf hingewiesen hat, daß die mangelnde Bedarfslage zu bezweifeln wäre, daß diesbezüglich aber erst eine Prüfung in die Wege geleitet werden würde. Mit welcher Deutlichkeit auf allfällige Preisunterschiede der Lieferung der Firma Oerli-

Bundesminister für Justiz Dr. Foregger

kon gegenüber der Firma Matra zu diesem Zeitpunkt verwiesen wurde, kann aufgrund des bisherigen Aktenstudiums jetzt noch nicht gesagt werden. Im übrigen kann über Einzelheiten der Zeu-
genaussagen und deren Abwägungen derzeit überhaupt noch keine verlässliche Auskunft gegeben werden.

Zu Frage 8: Die Tatsache einer Weisung des Bundesministers Lichal zur Auftragsvergabe ist bekannt. Eine Wertung seiner Beweggründe hierfür sowie die Feststellung der Tatsache, ob die Weisung, wie aus der Anfrage hervorgeht, gegen den Widerstand sämtlicher Beamter erfolgte, können derzeit nicht vorgenommen werden.

Zu Frage 9: Die in den Akten protokollierte Aussage des Zeugen Rowell — wie immer er sich aussprechen mag — vom 18. Juli 1990 konnte in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit bisher noch keiner Würdigung unterzogen werden.

Zu Frage 10: Aus der Niederschrift über die Dienstbesprechung ergibt sich, daß der Sitzungsleiter, Generalanwalt Dr. Mayerhofer, in der Tat von weitreichenden Konsequenzen der Einleitung der Voruntersuchung gegen ein Regierungsmitglied gesprochen hat.

Zu Frage 11: Ja. Diese Frage ist zu bejahen. Es wurde jedoch in der Sitzung sogleich darauf aufmerksam gemacht, daß dies rechtlich nicht mehr möglich sei beziehungsweise einem sofortigen Verfolgungsverzicht gleichzuhalten wäre.

Zu Frage 12 — das gilt auch für einen Teil Ihrer Ausführungen, Herr Abgeordneter Dr. Pilz —: Diese Sitzung, an der ich persönlich nicht teilgenommen habe, diente dem Zweck, die bisher unterlassene Berichterstattung an das Bundesministerium für Justiz mündlich nachzuholen, soweit dies in der Kürze der Zeit geschehen konnte. Die wesentlichsten Verdachtsmomente wurden von dem einschreitenden Staatsanwalt der Staatsanwaltschaft Wien dargelegt. Ein unmittelbares Studium von Unterlagen fand zu diesem Zeitpunkt freilich nicht statt. Es hatten auch die Sitzungsteilnehmer derartige Unterlagen nicht in Händen.

Zu Frage 13: Diese Frage ist zu bejahen. Es ist also so, daß bei dieser Dienstbesprechung darüber gesprochen wurde, daß bei Schön eine große Menge Aktenmaterial aus dem Bundesministerium für Landesverteidigung vorgefunden worden ist.

Zu Frage 14: Die gegenständliche Voruntersuchung liefert auch zu dieser Frage Material. Die Beurteilung dieses Materials und der Frage, ob gegen vorläufig noch unbekannte Personen, gegen die eine Voruntersuchung bekanntlich recht-

lich nicht möglich ist, weitere Erhebungsschritte angebracht sind, wird noch zu entscheiden sein.

Zu Frage 15: Wie sich aus der Antwort zu Frage 11 ergibt, wollte Generalanwalt Mayerhofer die Voruntersuchung nicht einstellen, vielmehr wurde dieser Gedanke nur gesprächsweise vom Leitenden Oberstaatsanwalt Dr. Schneider ventiliert.

Zu Frage 16: Ich halte gleich Mayerhofer eine solche Vorgangsweise für rechtlich unzulässig beziehungsweise dafür, daß sie einem sofortigen Verfolgungsverzicht gleichkäme.

Zu den Fragen 17 und 18: Ich verweise auf meine Antwort vom 23. März 1990 auf die schriftliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Pilz und Freunde, 4856/J-NR/1990. Der wesentliche Sinn meiner Äußerung war, den Eindruck einer Vorverurteilung zu vermeiden, aber keineswegs das Ergebnis vorwegzunehmen. Weil mir diese Sache besonders wichtig ist — auch persönlich so besonders wichtig —, möchte ich aus der schriftlichen Anfragebeantwortung den entsprechenden Punkt zur Gänze zitieren.

Dort heißt es zu zweitens — ich zitiere —: „Die diesbezüglichen Äußerungen von mir“, nämlich „Oberösterreichischen Nachrichten“ gegenüber — es war mir nicht bewußt, von den „Oberösterreichischen Nachrichten“ interviewt worden zu sein —, „erfolgten zu einer Befragung durch verschiedene Journalisten nach dem Ministerrat am 19. Dezember 1989. Ich erinnere mich jedenfalls an meinen Ausspruch: Was es wiegt, das hat's!, womit zum Ausdruck gebracht werden sollte, daß ausschließlich der Ausgang der Ermittlungen für weitere Verfahrensschritte maßgeblich sein kann. Ich erinnere mich aber auch“ — das „aber“ ist jetzt eingefügt —, „daß ich auf Zusatzfragen in einer Weise antwortete, die nach meiner Absicht den Eindruck einer Vorverurteilung vermeiden sollte. An den genauen Wortlaut kann ich mich“ — wie begreiflich sein wird — „nicht erinnern.“

Ich glaube, daß es jedem hier schon einmal passiert ist, daß Äußerungen, die irgendwann abgegeben worden sind, vielleicht nicht ganz korrekt wiedergegeben worden sind, ohne daß ich dahinter eine Absicht vermute.

Zu Frage 19: Es lag mir nichts ferner, als ein Verfahren zu präjudizieren.

Zu Frage 20: ÖVP-Fraktionsbesprechungen haben im Bundesministerium für Justiz, solange ich Minister bin — jedenfalls in meinem Nahebereich —, nicht stattgefunden. Es wird dies vielleicht mit Parteiengesprächen verwechselt, die verschiedentlich stattgefunden haben, weil der Justizausschuß nicht so viele Termine zur Verfü-

Bundesminister für Justiz Dr. Foregger

gung hatte und ein Teil der Überlegungsarbeit in diese Parteiengespräche verlegt worden ist.

An diesen Parteiengesprächen haben wiederholt, wenn auch nicht immer, Abgesandte Ihrer Partei, Herr Abgeordneter Dr. Pilz, teilgenommen. Generalanwalt Mayerhofer hat meiner Erinnerung nach nie daran teilgenommen. Er ist ja auch legislativ nicht tätig. Ich kann nicht ausschließen, daß er einmal zu einer speziellen Strafrechtsfrage kurz beigezogen worden ist. In Erinnerung ist mir dererlei jedenfalls nicht.

Zu Frage 21: Diese Frage berührt eine Grundfrage des Strafrechtes. — Wir haben den Anklageprozeß. Über Anklage oder Nichtanklage entscheidet nach der Aufteilung der Arbeit innerhalb der Justiz nicht der Richter, sondern der Staatsanwalt. Erklärungen eines Richters — auch die eines Untersuchungsrichters —, ob angeklagt werden sollte oder nicht, halte ich für unpassend. Solche Erklärungen wären zu unterlassen; sie sind jedenfalls gänzlich unverbindlich, eine private Meinung.

Auf die Frage 22 — „Stimmt es, daß der Untersuchungsrichterin der Akt entzogen worden ist?“ — antworte ich mit nein. Auf Veranlassung der staatsanwaltschaftlichen Behörden hat die Ratskammer — ich glaube, es war das im August — angeordnet, daß die Untersuchungsrichterin — was sie davor nie tat — den Akt der Anklagebehörde zur Einsichtnahme übermittelt; dieser ist nach einigen Tagen wieder zur Untersuchungsrichterin zurückgekommen.

Zu Frage 23: Ein Ergebnis dieser Spezialuntersuchung ist mir nicht bekannt; ich konnte das aber in der mir zur Verfügung stehenden kurzen Zeit nicht erheben. Ich werde Ihnen und den anderen Fraktionen — falls dies gewünscht wird — gerne die Antwort auf diese Frage nachreichen.

Zu Frage 24 — wie oft ich mir berichten habe lassen —: Das kann ich nicht mehr sagen. Es haben mehrmals Gespräche mit meinen Mitarbeitern, mit Beamten der Oberstaatsanwaltschaft stattgefunden. Ich habe auch wiederholt von mir aus Anfragen über bestimmte Details an meine Mitarbeiter oder an die Oberstaatsanwaltschaft gerichtet, um mich — annähernd — auf dem laufenden zu halten. Aber eine vollkommene Kenntnis des gesamten Akteninhaltes ist natürlich auf diese Art nicht möglich.

Zu den Fragen 25 und 26: Die erste Information vom Einschreiten gegen Minister Lichal wurde mir telefonisch von ihm selbst am 16. Dezember 1989 gegeben; es haben ein oder zwei Telefonate stattgefunden, vielleicht auch drei; ich mußte mich informieren. Ich habe Minister Lichal am darauffolgenden Dienstag im Ministerrat getroffen — seither noch oft —, aber Besprechungen

über dieses Verfahren haben nicht stattgefunden. — Diese vorhin genannten Telefonate waren natürlich keine Besprechung zur Sache selbst, sondern betrafen nur den äußeren Ablauf der Geschehnisse.

Zu Frage 27: Dr. Graff hat mir des öfteren das Interesse bekundet, daß die Sache rasch abgeschlossen werde. Wie oft das war, weiß ich nicht. (*Ironische Heiterkeit bei Abgeordneten der SPÖ.* — Abg. Resch: *Das hätten wir dem Graff gar nicht zugetraut!*) — Ich höre von hier aus nicht gut genug, um zu wissen, was Ihre Heiterkeit erregt; ich setze daher fort.

Dr. Graff hat mir — wie ich bereits sagte — des öfteren das Interesse bekundet, daß die Sache rasch abgeschlossen werde. Gespräche über Verdachtsgründe und Maßnahmen der Strafjustiz haben nicht stattgefunden.

Zu Frage 28: Mir wurde berichtet, daß Dr. Graff einmal bei der Oberstaatsanwaltschaft Wien für die Verfahrensbeschleunigung eingetreten ist. Von einem Gespräch mit Generalanwalt Dr. Mayerhofer ist mir nichts bekannt. — Generalanwalt Dr. Mayerhofer ist nicht in Wien und konnte hiezu von mir nicht zusätzlich befragt werden.

Zu Frage 29: Ein Interesse an der Einstellung des Verfahrens und eine Erwartung in diese Richtung ist durch öffentliche Erklärungen von Mandatären der ÖVP mehrfach kundgetan worden. Versuche, mich zu einer bestimmten Erledigung zu bewegen, sind nicht vorgekommen. Ich habe mich wie in anderen clamorösen Fällen nicht bedrängt gefühlt.

Zu Frage 30: Ich erkläre zum wiederholten Male, daß in dem vom Anfrager erstgenannten Fall ein rechtskräftiges richterliches Urteil dezidiert die Erfüllung des Tatbestandes der falschen Beweisaussage in objektiver und subjektiver Weise festgestellt hat. Ich war und bin der Ansicht, daß eine derartige Feststellung nur wieder durch ein richterliches Erkenntnis bestätigt beziehungsweise verworfen werden kann. Etwas Derartiges gibt es in diesem hier besprochenen Fall nicht.

Ferner zur Frage, die auch im Punkte 30 anklingt, nämlich Schritte gegen Untersuchungsrichter beziehungsweise Staatsanwalt: Ich habe nie Schritte gegen die Untersuchungsrichter gesetzt, auch nie nur ein Wort der Kritik an ihrer Tätigkeit laut werden lassen. Beim einschreitenden Staatsanwalt habe ich — da dieser monatelang Erhebungen gepflogen hat, ohne zu berichten — die Prüfung veranlaßt, ob er dadurch, daß er nie Bericht erstattete, das Staatsanwaltschaftsgesetz verletzt hat. — Mehr hierüber habe ich nie in der Öffentlichkeit beziehungsweise auch nicht

Bundesminister für Justiz Dr. Foregger

in kleinerem Kreise — etwa an Kritik an einem Staatsanwalt — laut werden lassen.

Zur letzten, zur Frage 31 meine ich, daß es nicht meine Sache ist, festzustellen, welche Voraussetzungen für das Amt eines Abgeordneten oder gar eines Präsidenten dieses Hohen Hauses gegeben sein müssen. — Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP.) 16.56*

Präsident Dr. **Fischer**: Meine Damen und Herren, wir gehen jetzt in die Debatte ein.

Als erster in die Rednerliste hat sich Herr Abgeordneter Voggenhuber eingetragen. Ich erteile ihm das Wort. — Herr Abgeordneter, bei der dringlichen Anfrage beträgt die Redezeit 15 Minuten.

16.57

Abgeordneter **Voggenhuber** (Grüne): Meine Damen und Herren Abgeordneten! Herr Minister! Ihre Antwort auf diese dringliche Anfrage hat eine fatale Ähnlichkeit mit der Zeugenaussage des Herrn Lichal: Ich weiß nicht, ich weiß nicht, ich weiß nicht, ich weiß nicht. — Das nach einer intensiven Beschäftigung über eineinhalb Jahre lang mit einem sogenannten clamorösen Verfahren.

Dieses Parlament hat es heute mittag abgelehnt, eine Debatte über die Wahl der Nationalratspräsidenten abzuhalten. Viele von Ihnen waren empört bis befremdet darüber, daß die Opposition es wieder einmal „wagt“, Usancen dieses Parlaments zu stören. Wir aber glauben, daß Sie alle Ursache und allen Anlaß gehabt hätten, von sich aus mit Usancen zu brechen. Haben wir nicht einen Wahlkampf von Versprechungen über Demokratiereform, über die Aufwertung des Parlaments, Schluß mit demokratiefeindlichen Usancen hinter uns? Hätten Sie nicht Anlaß gehabt, eine offene, freie demokratische Debatte über die Wahl der Präsidenten abzuhalten? — So haben Sie den Mißbrauch des Parlamentes, der Selbstentmündigung des Parlamentes zum ersten Tagesordnungspunkt dieser Legislaturperiode gemacht.

Aber etwas anderes haben Sie noch getan, Sie haben eine neue Usance eingeführt: die Flucht von belasteten, in ihrer politischen Integrität zerstörten Politikern in die Immunität. Diese Debatte — hätten Sie sie uns ermöglicht — hätten wir dazu benutzt, Sie zu warnen vor dem Politikrimi, vor dem Polit-Schmierentheater, das Parlament zu einer Komparserie zu machen, im Rahmen des Parlaments das letzte Kapitel eines traurigen Filmes namens „Lichal-Connection“ zu schreiben.

Meine Damen und Herren! Das, was heute geschehen ist, ist nicht nur die Tatsache, daß ein Politiker, der mit Hilfe einer politischen Justiz seinem Strafverfahren entkommen ist, zum Na-

tionalratspräsidenten gewählt wurde, sondern da gibt es auch eine moralische Frage.

Ein hoher Beamter des Justizministeriums sagte gegenüber der Presse, das Verfahren sei hart an der Klippe zwischen Anklage und Einstellung gewesen. — Ich möchte meine Wortmeldung nicht so verstanden wissen, daß es mir allein um die strafrechtliche Verantwortung des Herrn Lichal geht. Ich glaube, daß hier auch, zumindest am Anfang, festgestellt wurde, daß dieser Mann jede persönliche Integrität verloren hat, der schwersten politischen Vorwürfen der Korruption, der Begünstigung, des Amtsmißbrauches ausgesetzt ist, daß dafür umfangreiches Material in der Öffentlichkeit vorgelegt wurde, das Sie kennen. Und Sie haben heute mit Ihrer Abstimmung dem Parlamentarismus in Österreich einen schweren Schlag versetzt.

Schauen wir uns dieses Drehbuch an, an dem Sie das letzte Kapitel schreiben wollen — ein bißchen zu Ihrer Erinnerung und um die Nebelschwaden der Antworten des Herrn Ministers ein wenig zu vertreiben.

Am 16. Dezember 1989 wird im Hause eines Waffenhändlers eine Hausdurchsuchung durchgeführt. Was man dort findet, sind geheime Verschlusssachen des Verteidigungsministeriums und Hinweise auf ein intensives persönliches Naheverhältnis dieses Waffenhändlers zum Verteidigungsminister. Mitten in dieser Hausdurchsuchung erfährt der Staatsanwalt, daß der Adjutant des Verteidigungsministers versucht, in das Ministerbüro zu gelangen, um dort Unterlagen zu suchen. *(Abg. Kraft — in Richtung des Redners —: So ein Schmarrn!)* Der Staatsanwalt, alarmiert von diesem Vorgang, eröffnet die Voruntersuchung wegen Gefahr in Verzug gegen den Minister und macht eine Hausdurchsuchung im Ministerbüro. Und siehe da: Diese Hausdurchsuchung ergibt ebenfalls umfangreiches Material, das das behauptete Naheverhältnis dieses Ministers mit diesem Waffenhändler belegt.

Nun würde man doch annehmen, daß die Justiz — nach diesem schönen Einstieg dieses Politikrimis — eine unverzügliche und intensive Voruntersuchung aufnimmt. Das war an einem Wochenende, am 16. Dezember 1989.

Am 18. Dezember 1989 passiert das blanke Gegenteil von all dem, was in einem Rechtsstaat Selbstverständlichkeit wäre: Es gibt im Justizministerium eine Dienstbesprechung — nicht über die Ausländerkriminalität beziehungsweise die gefälschten Ziffern darüber, sondern über diesen clamorösen Fall.

Bei dieser Dienstbesprechung drängen Generalanwalt Mayerhofer und Oberstaatsanwalt Schneider keineswegs auf eine — peinliche —

Voggenhuber

Untersuchung dieser ungeheuerlichen Vorfälle, sondern sie drängen auf Einstellung. Zitat, Generalanwalt Mayerhofer: „Die strafrechtliche Relevanz ist zweifelhaft.“ — Und dies ohne jede Aktenkenntnis, entgegen der Berichte der Staatsanwälte. Es folgt der Hinweis — der schon zitiert wurde —, Lichal sei von fünf Regierungsmitgliedern der einzige, gegen den eine Voruntersuchung und nicht bloß eine Vorerhebung geführt werde.

Herr Minister! Hier wird folgendes ganz klar: Es geht nicht darum, die angemessene Vorgangsweise der Justiz in jedem einzelnen Fall festzustellen, sondern es wird ein „Gleichbehandlungsparagraph“ für politische Straftaten eingeführt. Es geht nicht darum, im jeweiligen Verfahren die richtigen Schritte zu unternehmen, sondern für alle belasteten Regierungspolitiker dasselbe Verfahren zu machen.

Am 20. Dezember 1989 tritt in diesem Politikrimi unter dem Titel „Der unbestechliche Justizminister“ Minister Foregger auf. — Nun würde der Leser dieses Drehbuches meinen, dieser Mythos des unabhängigen Justizministers zerstört diesen Schleier der Absprachen, des Drucks auf die Justiz, der politischen Lenkung des Verfahrens, der Einschüchterung der Staatsanwälte, er würde klaren Tisch machen. Foregger — noch einmal, Herr Minister — laut „Oberösterreichische Nachrichten“: Ich rechne jedoch nicht mit einer Anklage!

Herr Minister! Sie haben den Angelpunkt dieses ganzen Vorwurfs damit beantwortet, daß Sie keine Vorverurteilung machen wollten. — Ich schätze Ihre Intelligenz, Herr Minister, hoch genug ein, daß ich Ihnen zubillige, zu wissen, wie man eine Vorverurteilung ausdrückt — jedenfalls nicht mit einem „Vorfreispruch“, Herr Justizminister! Die Aussage: Ich rechne nicht mit einer Anklage! ist keineswegs die Vermeidung einer Vorverurteilung, sondern es ist das ein Vorfreispruch durch den Herrn Justizminister, für den Sie die politische Verantwortung tragen (*Beifall bei den Grünen*), denn eine solche Mitteilung in einem Staat, in dem der vorauseilende Gehorsam zu den ersten Pflichten der Beamten gehört, eine solche Äußerung eines Justizministers ist nichts anderes als die Aufforderung an seine Beamten, diese Sache schnellstmöglich zu beerdigen.

Damit aber noch nicht genug! Es blieb nicht bei diesem Hinweis, bei diesem Appell an den vorauseilenden Gehorsam: Gegen die Staatsanwälte wurde Disziplinaranzeige erstattet, der Akt wurde ihnen entzogen, und die Oberstaatsanwaltschaft zog — rechtlich umstritten — den Akt an sich.

Meine Damen und Herren! In einem Film würde man da schon etwas an der Seriosität des Drehbuches zweifeln. Da nähert sich ein solcher Film

etwas einer Schmierenkomödie beziehungsweise einem politischen Hintertreppenroman.

Herr Justizminister! Hätte das Justizministerium damals die Staatsanwälte in Verdacht gehabt, einen Akt der politischen Verfolgung gegenüber dem Minister zu setzen, eine willkürliche, grob fahrlässige oder gar vorsätzliche Diskriminierung eines Politikers, einen Verfolgungsakt also, dann hätte gegen diese die entsprechende Strafanzeige wegen Amtsmißbrauches erfolgen sollen. Diese ist jedoch nicht erfolgt; es sind nur alle Repressions-Instrumentarien gezogen worden, um diese Staatsanwälte von der Verfolgung dieser Causa abzuhalten.

1990 wurde — nach „profil“-Auskunft — den Richtern Gallhuber und Aumann dieser Akt entzogen. Sie, Herr Minister, verneinen das heute. Dann frage ich mich, wo das Verfahren in der Folge geblieben ist beziehungsweise warum Sie dieser seitens der Presse mehrmals aufgestellten Behauptung nicht entgegengetreten sind.

Eines ist allerdings unbestritten: daß nämlich diesen Richtern das Interesse des Justizministeriums an der Einstellung dieses Verfahrens vom ersten Tag an bekannt war.

Am 10. Jänner 1990 tritt der Hauptdarsteller dieser Waffenhandelsaffäre, dieser Korruptionsaffäre vor den Staatsanwalt und macht dort seine Zeugenaussage. Dieser Teil des Films ist ziemlich eintönig. — Der Herr Verteidigungsminister — dessen Mut ihn heute zum Nationalratspräsidenten qualifiziert hat, weil es hier ja eines starken Mannes bedarf — hat auf dieser Bank weder Mut besessen, noch hat er den starken Mann gemimt, sondern er hatte nur eine sehr einsilbige Antwort gegenüber diesen, seine gesamte persönliche Integrität in Frage stellenden Vorwürfen auf den Lippen: Ich sage dazu nichts! Und er beendete seine eigene Zeugenaussage mit der Bemerkung: Ich betrachte hiemit die Ermittlungen gegen mich als beendet. — Eigentlich ist das allein, Herr Minister, ein Verhalten, das Sie in einer wachen Demokratie jede — jede! — Qualifikation für das Amt eines Nationalratspräsidenten kosten müßte!

Anfang November 1990 wird der Vorhabensbericht an Minister Foregger gegeben, natürlich mit der sich schon längst abzeichnenden Empfehlung: Einstellung des Verfahrens! — Wenige Wochen nach der Wahl, entgegen allen Dementis aus dem Justizministerium, daß dies so erfolgen würde.

Am 5. November 1990 — meine Damen und Herren, jetzt ahnen Sie vielleicht die Fortsetzungsgeschichte, ahnen vielleicht, daß das heutige Zu-Grabe-Tragen eines ungeheuren Skandals Ihnen nicht gelingen wird — veröffentlicht das „profil“ neue Vorwürfe, eigentlich alte Vorwürfe: Amtsmißbrauch, Begünstigung. Die Hauptdar-

Voggenhuber

steller sind dieselben: derselbe Waffenhändler mit denselben Millionenprovisionen, derselbe Verteidigungsminister. Und wieder geht es um geheime Vorinformationen, die dieser Waffenhändler unmittelbar aus dem engsten Bereich des Ministers erhalten haben muß. — Es geht um eine Neuauflage dieses Films.

Am 5. November 1990 entscheidet dieses Parlament über die Wahl des Zweiten Nationalratspräsidenten, verweigert jede Debatte, schweigt die Opposition tot, nimmt uns die Möglichkeit, hier auf die Verantwortung, die man übernimmt, hinzuweisen, und wählt diesen strafrechtlich, moralisch und politisch schwerst belasteten Minister zum Nationalratspräsidenten! Einen Minister, von dem der Herr Bundeskanzler sagte, es stehe ihm der Sumpf bis zum Hals. Meine Damen und Herren! Der Sumpf hat dieses Parlament erreicht. Er ist über ihm zusammengeschlagen.

Meine Damen und Herren von der SPÖ, die Sie heute mit relativ großer Mehrheit diesen Minister auch zum Nationalratspräsidenten gekürt haben: Die Affäre Lichal ist keine ÖVP-Affäre, sie ist mit dieser Wahl zum Nationalratspräsidenten eine Affäre auch der SPÖ geworden! Sie ist eine Affäre dieses Parlaments geworden, und sie ist eine Staatsaffäre geworden. Die SPÖ trägt die Mitverantwortung für diesen Akt.

Herr Minister Foregger! Viele haben versucht, Ihren Mythos als unbestechlicher Justizminister zu zerstören. Niemand konnte diesen Mythos so drastisch und so restlos zerstören wie Sie selbst heute in diesem Parlament! *(Beifall bei den Grünen.)* 17.12

Präsident Dr. Fischer: Ich setze in der Rednerliste fort. Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Moser Hans. Sie haben das Wort.

17.12

Abgeordneter Moser (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zur Diskussion steht heute eine dringliche Anfrage der Grünen betreffend die Verhinderung einer Strafverfolgung von Dr. Robert Lichal durch den Justizminister und durch führende Beamte des Ressorts.

Meine Damen und Herren! Ich frage mich schon, was die Grünen eigentlich mit dieser dringlichen Anfrage heute wollen. Herr Kollege Pilz hat ja in seiner Rede erklärt, daß ihm die Sache eigentlich Wurscht ist, wichtig ist ihm, daß er die Möglichkeit einer Diskussion hat und daß er verschiedene Fragen im Zusammenhang mit der Strafverfolgung in den Raum stellen kann. Ich meine, daß die Grünen nichts anderes wollen, als einen Medienwirbel zu verursachen. Das ist uns Freiheitlichen zuwenig. Wir sind diesem Hohen

Hause ein anderes Verhalten schuldig. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Besser wäre es, meine Damen und Herren — das mögen sich die Damen und Herren von den Grünen ins Stammbuch schreiben —, die ordentlichen Gerichte arbeiten zu lassen und die Ergebnisse abzuwarten und erst dann darüber eine Diskussion hier im Hohen Hause durchzuführen. So gesehen ist heute der falsche Zeitpunkt der falsche Zeitpunkt für eine Diskussion zu diesem Thema, und daher lehnen wir Freiheitlichen diese dringliche Anfrage prinzipiell ab.

In einem Punkt haben Sie aber recht, meine Damen und Herren von den Grünen: Beide Bundesminister stehen sicherlich nicht gut da. Daher ist ja auch die öffentliche Kritik vorhanden. Der frühere Verteidigungsminister Lichal hat ja gerade in der Frage der Beschaffung der Oerlikon-Munition nicht immer eine glückliche Hand gehabt, und es gibt viele offene Fragen dazu. Zum Beispiel: Warum hat er wirklich das teuerste Angebot gewählt und nicht einem anderen den Zuschlag gegeben? Warum hat er wirklich nicht auf die Beamten seines Ressorts gehört? Oder warum ist er nicht zu der Entscheidung, die er getroffen hat, letztendlich gestanden?

Ich hoffe aber, daß wir dann, wenn diese Angelegenheit von den öffentlichen Gerichten abgehandelt worden ist, eine klare Antwort haben werden und daß dann auch der frühere Minister Lichal Rede und Antwort stehen kann.

Aber auch der Herr Minister Foregger hat keine gute Figur gemacht. Man muß sagen, er hat sich im ganzen Verfahren doch in vielen Punkten äußerst ungeschickt verhalten. *(Abg. Dr. Gr aff: Der Gugerbauer unterstützt ihn! Passen Sie auf, was Sie da reden!)*

Ich frage mich schon, warum er bereits im Dezember des Jahres 1989 erklärt hat, daß „nicht viel dran ist“ an dieser Sache, oder warum er ein Disziplinarverfahren gegen den Staatsanwalt Mekis eingeleitet hat, oder auch warum der Untersuchungsrichterin der Straftat weggenommen worden ist. — Viele offene Fragen; ein äußerst ungeschicktes und ein äußerst unkluges Verhalten! Auch seine Antwort auf die an ihn gestellten Fragen — das muß ich ebenfalls feststellen — ist aus unserer Sicht absolut unzureichend.

Was bleibt für uns alle zurück? — Zurück bleibt ein dumpfes Unbehagen, und es ist ja nicht von der Hand zu weisen, daß in dieser Angelegenheit etwas faul ist oder daß in der einen oder anderen Sache etwas nicht stimmt.

Aber wir Freiheitlichen — und darin unterscheiden wir uns ganz wesentlich als Opposition — lassen zunächst die ordentlichen Gerichte ar-

Moser

beiten, wir warten die Ergebnisse ab, und erst dann wollen wir darüber diskutieren. Wenn aber dann etwas nicht stimmt, dann tragen die früheren Minister, in concreto der Verteidigungsminister und der Justizminister Dr. Foregger, die volle politische Verantwortung.

Wir werden uns auch nicht scheuen, in diesem Hohen Haus sehr hart und scharf über diese Frage zu diskutieren und die beiden Herren auch politisch zur Verantwortung zu ziehen. Aber jetzt ist es noch nicht soweit. — Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ.) 17.16*

Präsident Dr. Fischer: Als nächste am Wort ist Frau Abgeordnete Grandits. Ich bitte Sie, das Wort zu ergreifen.

17.16

Abgeordnete Mag. Marijana Grandits (Grüne): Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Einigkeit der beiden Großparteien und der FPÖ bezüglich der skandalösen Wahl des Herrn Exministers Lichal zum Zweiten Nationalratspräsidenten ist für mich wirklich verblüffend. Im besonderen hat mich wirklich auch die großartige Rolle, die die FPÖ als Oppositionspartei wahrnehmen will, erstaunt, denn die Leichen, die hier anscheinend gemeinsam vergraben wurden, dürfen und sollen nicht an die Oberfläche gelangen. *(Beifall bei den Grünen.)*

Der Ablauf der heutigen Parlamentssitzung und auch der Diskussion ist für mich ein typisches Beispiel vorherrschender Männerpolitik, die es in diesem Lande und auch in diesem Haus seit Jahren gibt. *(Beifall bei den Grünen. — Abg. Heinzinger: Der Voggenhuber hat sich geschlechtsumwandeln lassen!)*

Undemokratische und undurchsichtige Machenschaften wie die des Herrn Exministers Lichal sind Ausfluß einer seit Jahrhunderten erprobten Päckerei von Männerbünden, und das Bundesheer ist ein autokratischer, männerbündlerischer, undemokratischer Zwangsverein, dessen Existenzberechtigung nicht besteht. *(Beifall bei den Grünen.)*

Und in diesem Dunstkreis geschehen dubiose Geschäftemachereien bis hin zur Neutralitätsgefährdung. Die sind an der Tagesordnung. Das haben die letzten Wochen und der Vorfall Lichal ganz deutlich gezeigt.

Die Inseratenkampagne um einen zweistelligen Millionenbetrag aus Steuergeldern war eigentlich die Bankrotterklärung des Bundesheeres durch den Herrn Verteidigungsminister selbst. Dort ging es um Katastrophenhilfe — eine Aufgabe, die unserer Meinung nach von rein zivilen und humanen Einrichtungen wahrgenommen werden soll und muß. *(Beifall bei den Grünen.)*

Durch die Verschwendung von Steuermilliarden für Knallkörper und Vernichtungswaffen wird die Entwicklung einer zivilen und wirklich sozialen Gesellschaft verhindert. Wozu all das? — Damit einige nie erwachsen gewordene Männer Krieg spielen und Flüchtlinge jagen lassen können. *(Beifall bei den Grünen.)*

Das ist Männerpolitik, der ein Ende gemacht werden muß. Wir werden alles dazu beitragen, solche Fälle aufzudecken und unserer Gesellschaft zeigen, daß es andere Möglichkeiten gibt, wie Demokratie und Lebensform entwickelt und von der Bevölkerung wahrgenommen werden können. *(Ruf: Wo ist unser Smolle? — Heiterkeit.)*

Nun erlauben Sie mir noch einen weiteren Hinweis auf diese typische Männerpolitik. Der Herr Parlamentspräsident Pöder hat unserer Frau Kollegin Heindl unverantwortliches Verhalten ihrem Kleinkind gegenüber vorgeworfen. Er meinte, die klimatischen Verhältnisse dieses Raumes wären gesundheitsschädigend.

Da möchte ich die Frage stellen: Wie gefährdend ist die Luft da draußen vor dem Parlament und das Wasser, das wir in Österreich unseren Kleinkindern zu trinken geben müssen, und was wird getan, um die Gesundheit der Kleinkinder und auch anderer Bevölkerungsgruppen zu schützen? *(Abg. Dr. Busek: Zur Sache!)* Die Beschäftigung mit der Frage des katastrophalen Zustandes unserer Umwelt und Natur wäre angebrachter ... *(Abg. Dr. Busek: Zur Sache! — Rufe bei der SPÖ: Zur Sache!)*

Darf ich darauf hinweisen, daß auch der Herr Präsident in einer ungebührlichen Weise einer neuen jungen Abgeordneten einen Vorwurf gemacht hat, der wirklich ein Vorbild suchen läßt. Daher möchte ich ganz kurz dazu Stellung nehmen und sonst gar nichts.

Präsident Dr. Fischer: Bitte, Frau Kollegin, die Ausführungen des Kollegen Pöder von vorhin sind nicht Gegenstand der Aussprache der dringlichen Anfrage. Ich bitte, es mir nicht schwer zu machen und bei der Sache zu bleiben. Sie sind am Wort.

Abgeordnete Mag. Marijana Grandits *(fortsetzend)*: Ich möchte nur noch einen Satz dazu sagen, wenn Sie mir das gestatten. Es wäre wirklich angebrachter, über solche Fragen zu diskutieren, als einer stillenden Mutter den männlich-geistreichen Rat zu geben, ihren Säugling dem Parlamentsarzt anzuvertrauen. In der Zwischenzeit ist es sogar in Krankenhäusern bekannt, daß es besser ist, Säuglinge bei ihren Müttern zu lassen statt bei den Ärzten. *(Beifall bei den Grünen.)*

Daher möchte ich noch die letzte Frage stellen: Ist es nicht bekannt, daß Säuglinge von Mutter-

Mag. Marijana Grandits

milch genährt werden, oder heißt das, daß eine Frau mit Kleinkind keine Berechtigung hat, in diesem Hohen Haus tätig zu sein? — Danke schön. *(Beifall bei den Grünen.)* 17.23

Präsident Dr. Fischer: Zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Pilz. Er hat vorhin als Begründer gesprochen und spricht jetzt als Redner in der Debatte zur dringlichen Anfrage. Bitte, 15 Minuten.

17.23

Abgeordneter Dr. Pilz (Grüne): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mir die Rednerliste durchgeschaut und bin draufgekommen, daß die großen Parteien — sagen wir lieber, die große und die mittlere Partei — der großen Koalition diese Legislaturperiode mit einer Diskussions- und Gesprächsverweigerung beginnen wollen.

Wir diskutieren heute einige der Grundfragen der parlamentarischen Demokratie, Fragen, die darüber entscheiden werden, in welcher Art und Weise wir in den nächsten drei oder vier Jahren zusammenarbeiten könnten. Die einzige Antwort, die Sie darauf haben, ist: Wir reden nicht darüber, wir sitzen das Ganze aus. Da kann man natürlich sagen: Das ist ein physiologisches Problem. Wessen Hose voll ist, dessen Hirn ist leer. Möglicherweise ist das so erklärbar. Ich will mich damit nicht zufriedengeben. Möglicherweise hätten Sie etwas zu sagen. Völlig richtig, Herr Dr. Schüssel! Manchmal, wenn ich an die ÖVP-Politik denke, ist der Griff zur Nase das Naheliegendste. Sie haben vollkommen recht, wahrscheinlich kommt es Ihnen öfter auch zu Bewußtsein: Etwas stinkt in Ihrer Partei! Aber deswegen braucht man das Ganze ja nicht sofort durch Wahlvorgänge zu bestätigen. Das sollten Sie sich einmal überlegen. Man muß nicht alles wählen, was man nicht riechen kann. *(Beifall und Heiterkeit bei den Grünen.)*

Meine Damen und Herren! Überlegen Sie sich ganz genau, welches politische Präjudiz Sie hier durch Ihr Bekenntnis zum Aussitzen, zum eisernen Hintern und zu den verknipten und zugemachten Lippen und Mündern schaffen. Das zum ersten.

Zum zweiten: Ich glaube Ihnen nicht, daß es Ihnen Spaß macht, hier zu sitzen und sich von den Grünen und einem in Hochform befindlichen Abgeordneten Moser die Leviten lesen zu lassen. Ich glaube, daß das Gründe hat. Normalerweise würden gerade Sie, Herr Kollege Fuhrmann — wir kennen uns lange genug —, reden, aber noch viel mehr der Herr Dr. Graff, den es ja wirklich ständig juckt, wenn man über Lichal oder andere Ausgeburten des Cartellverbandes herzieht. Der würde ja sofort rausstürmen und sagen: Da muß ich etwas sagen, ich kann über meinen CV da

nicht so reden lassen! Trotzdem bleiben Sie sitzen, trotzdem üben Sie ein ungewohntes Maß an Selbstdisziplin, das meiner Meinung nach politische Gründe hat, so wie das meiste in diesem Haus.

Na, was kann der politische Grund sein? Ich habe folgendes gehört, und Sie werden es sicherlich nicht im Plenum bestätigen, sondern wir werden das nachher irgendwo draußen wieder unter vier oder sechs Augen besprechen, und ein paar werden es mir wieder genauer erzählen, wie es wirklich war.

Ich habe folgendes gehört: Heute vormittag war die offene Frage: Gibt es eine Debatte über die ganze Affäre Lichal? Schluckt die Sozialistische Partei die Krot hinunter, oder geht man zumindest raus und diskutiert sich ein bißchen das von der Leber, was man glaubt sozialistischerseits langsam nicht mehr verkraften zu können? Ich habe folgendes gehört: daß man heute am Vormittag Dreiergespräche geführt hat, Dreiergespräche zwischen Sozialisten, Volkspartei und Freiheitlicher Partei, und daß diese Dreiergespräche folgenden Gegenstand gehabt haben: Na, wenn wir heute eine Diskussion über Lichal zulassen — ich habe gehört, das ist sehr stark aus der Richtung Volkspartei gekommen —, gibt es drei Verlierer und nur einen einzigen Sieger, und das sind die Grünen.

Drei Verlierer: Erstens die ÖVP. Die kriegt weiter eine auf den Deckel und wird wegen der Affäre Lichal weiter reduziert, wobei ich Ihnen garantieren kann, daß das so oder so passiert.

Zweitens die Sozialistische Partei: Denn dann gibt es Schwierigkeiten mit der Koalition. Ihre Verhandlungspartner, die Mitglieder des Verhandlungskomitees zur Bildung der Koalition könnten es ja bestätigen. Denen sagen die Kollegen von der ÖVP ja ständig: Entweder laßt ihr die Finger von Lichal und ähnlichen oder wir hauen uns mit Haider ins Bett der kleinen Koalition. Sie wissen, daß diese Drohung im Raum steht. Sie als Sozialisten sind bereit, sich hier auf den großkoalitionären Bauch zu werfen und jeden Tritt der Österreichischen Volkspartei hinzunehmen und dann zu sagen: Lang lebe die große Koalition! Solange Vranitzky noch fünf Zentimeter größer ist als Riegler, trampelt auf uns herum, wieviel ihr wollt, Hauptsache wir überleben am Futtertrog der Macht irgendwie, alles andere ist uns Wurscht.

Wenn man zu lange am Tropf der Macht hängt, kann man sich das Wegziehen des Infusions-schläuchels ein bißchen schwer vorstellen. Nur glaube ich, Sie haben schon zuviel davon, und langsam nehmen Sie wirklich einen Zug der Unkenntlichkeit in dieser Koalition an, der Sie dazu führt — Sie werden politisch noch ziemlich dafür

Dr. Pilz

bezahlen müssen —, jemanden wie Lichal, die Verkörperung des politischen Zwielfichts, in eine derart wichtige Funktion des Parlamentarismus zu wählen.

Und bei der Freiheitlichen Partei liegt die Sache klar: Es war nicht immer ausgemacht, daß die Funktion des Dritten Präsidenten oder der Dritten Präsidentin des Nationalrates jemandem von der Freiheitlichen Partei zusteht. Sie wissen, daß aufgrund der Geschäftsordnung bei strenger Befolgung des österreichischen Wahlsystems, des d'Hondtschen Verfahrens, diese Position der Sozialistischen Partei zustehen würde, und es ist ein Geschäftsartikel der SPÖ. Und mit der großen Koalition geht sie halt ab und zu, zu Beginn jeder Legislaturperiode, FPÖ einkaufen.

Die FPÖ, wie wir wissen, ist relativ billig zu haben. Da tun es immer wieder einige wenige Posten: dort ein Posten im Statistischen Zentralamt — wir haben es erlebt —, da ein Posten in der Volksanwaltschaft, jetzt ein Posten am Präsidium, und um die Posten im ORF wird ja bereits gefeilscht. Es ist ja offensichtlich nur mehr die Frage: Gibt es einen freiheitlichen Kärntner Landesintendanten, wie der Haider in Kärnten in seinem vehementen Kampf gegen die Parteibuchwirtschaft fordert (*Abg. Ing. Murer: Landeshauptmann!*)? Jedenfalls haben Sie sich heute vormittag wieder einmal kaufen lassen. Daß Sie dann einen Kollegen wie den armen Kollegen Moser vorschicken, um diese wirklich schwer haltbare Position . . . (*Abg. Dr. Helene Partik-Pablé: Fantasieren Sie doch nicht so dahin! — Abg. Ing. Murer: Wer hat die 100 Millionen genommen?*) Wir kritisieren Foregger. Ohne jedoch den armen Moser zu kritisieren: Ihn lassen Sie da vorne das ausstehen, weil sich Gugerbauer und Schmidt dafür zu gut sind. Glauben Sie, die machen die Dreckarbeit? So eine Dreckarbeit würden die Nobelkollegen des freiheitlichen Klubs nie machen! Da darf der Moser ran! Wenn es einmal ein bißchen schwierig ist, dann darf der Moser da vorne herumstrampeln. Die werden sich für Sie nicht die Hände dreckig machen. Das werden Sie noch ein paarmal erleben. Aber Sie sind ein disziplinierter Mensch, Sie sitzen das Ganze schon aus.

Na gut, heute vormittag hat es wieder das Geschäft gegeben. Für Sie ist das Ganze offensichtlich der politische Naschmarkt. (*Abg. Dr. Helene Partik-Pablé: Sie reden wie am Bananenstand!*) Jeder von Ihnen hat seine Standln aufgebaut, und Sie haben das Geschäft des Tages über die Bühne gebracht. Ich wünsche Ihnen weiter gute Verrichtungen, guten Handel und hoffe, daß Sie alle gemeinsam dafür bezahlen müssen. Mahlzeit! (*Beifall bei den Grünen.*) 17.29

Präsident Dr. Fischer: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Aussprache über die dringliche Anfrage ist damit beendet.

Fortsetzung der Tagesordnung

Präsident Dr. Fischer: Wir nehmen nun die Verhandlungen über den Punkt 2 der Tagesordnung wieder auf und kommen zur Wahl des Dritten Präsidenten.

Ich bitte die Kollegen von der Parlamentsdirektion, die Wahlurnen wieder aufzustellen.

Ich kann vielleicht in der Zwischenzeit auf folgendes hinweisen:

Es liegt ein Wahlvorschlag des Klubs der Freiheitlichen Partei Österreichs vor, Frau Abgeordnete Dr. Heide Schmidt zum Dritten Präsidenten zu wählen. Es liegt ein weiterer Wahlvorschlag der grünen Fraktion vor, der auf Mag. Terezija Stoisits lautet.

Meine Damen und Herren! Gemäß § 87 Abs. 7 der Geschäftsordnung ist auch diese Wahl mit Stimmzetteln, also geheim, durchzuführen, und es gelten all jene geschäftsordnungsmäßigen Regelungen, die auch schon bei der Wahl des Präsidenten und des Zweiten Präsidenten Anwendung gefunden haben. Ich brauche das im Detail nicht zu wiederholen.

Ich mache das Hohe Haus nur auf eines aufmerksam, nämlich darauf, daß unter den heute angelobten Abgeordneten zwei Abgeordnete mit gleichlautenden Namen aufscheinen, und zwar Frau Dr. Heide Schmidt, die im Wahlvorschlag der Freiheitlichen Partei genannt wurde, und Abgeordneter Dipl.-Ing. Michael Schmid.

Ich bitte, das bei der Ausfüllung des Stimmzettels zu berücksichtigen, damit keine Schwierigkeiten entstehen. (*Zwischenruf.*) — Ich bitte, den Stimmzettel auf „Heide Schmidt“ auszufüllen.

Diejenigen Abgeordneten also, die den Wahlvorschlag der Freiheitlichen Partei unterstützen wollen, sollen dies unter Anfügung des Vornamens tun.

Daß wir in Wahlzellen wählen, habe ich schon mitgeteilt.

Meine Damen und Herren! Es werden die Abgeordneten bei Namensaufruf durch die Schriftführer Stimmzettel und Kuvert in Empfang nehmen und sich sodann in die Wahlzellen begeben.

Es wird Herr Abgeordneter Dr. Stippel mit dem Namensaufruf beginnen; Frau Abgeordnete Ute Apfelbeck wird ihn später ablösen.

Ist der Herr Schriftführer bereit? — Jawohl.

Präsident Dr. Fischer

Dann bitte ich den Herrn Schriftführer, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Über Namensaufruf durch die Schriftführer Dr. Stippel und Ute Apfelbeck begeben sich die Abgeordneten in die Wahlzelle und legen sodann den Stimmzettel in die Urne.)

Präsident Dr. Fischer: Meine Damen und Herren! Die Stimmabgabe ist beendet.

Die damit beauftragten Beamten des Hauses werden unter Aufsicht der Schriftführer die Stimmzählung vornehmen.

Ich darf die Sitzung für einige Minuten unterbrechen.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Die Sitzung wird um 18 Uhr 1 Minute unterbrochen und um 18 Uhr 20 Minuten wiederaufgenommen.)

Präsident Dr. Fischer: Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf und gebe das Wahlergebnis wie folgt bekannt:

Es wurden 168 Stimmen abgegeben, davon waren gültig 136. Die absolute Mehrheit der gültigen Stimmen beträgt somit 69 Stimmen.

Es entfielen auf Frau Abgeordnete Dr. Heide Schmidt 70 Stimmen (*Beifall*), auf Herrn Abgeordneten Dr. Frischenschlager 25, auf Frau Abgeordnete Klara Motter 17, auf sonstige Abgeordnete 1, 2 oder 3 Stimmen.

Frau Abgeordnete Dr. Heide Schmidt ist somit zum Dritten Präsidenten des Nationalrates gewählt. (*Beifall bei der FPÖ und bei Abgeordneten von SPÖ und ÖVP.*) Ich frage die Frau Abgeordnete, ob sie die Wahl annimmt.

Abgeordnete Dr. Heide Schmidt: Ich nehme die Wahl an. (*Abg. Dr. Gugerbauer überreicht der Abg. Dr. Heide Schmidt unter Beifall einen Blumenstrauß.*)

Präsident Dr. Fischer: Ich darf der Frau Präsident zur Wahl gratulieren, und ich lade Sie, Frau Kollegin, ein, auf dem Präsidium Platz zu nehmen und Herrn Präsidenten Dr. Dillersberger abzulösen.

Meine Damen und Herren! Damit ist die Wahl des Präsidiums des Nationalrates abgeschlossen.

Bevor ich in den 3. Punkt der Tagesordnung eingehe, darf ich auch Frau Kollegin Dr. Schmidt gratulieren.

3. Punkt: Wahl der Schriftführer und Ordner

Präsident Dr. Fischer: Wir kommen zum 3. Punkt der Tagesordnung: Wahl der Schriftführer und Ordner.

Es liegen mir die gemeinsamen Vorschläge vor, die Abgeordneten Ute Apfelbeck, Jakob Auer, Dkfm. Ilona Graenitz, Dkfm. Dr. Otto Keimel und Dr. Johann Stippel zu Schriftführern zu wählen.

Ein Gegenvorschlag liegt nicht vor. Wir können daher diese Wahl durch Erheben von den Plätzen durchführen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Wahlvorschlag zustimmen, sich von ihren Plätzen zu erheben. — Danke vielmals. Dieser Vorschlag ist mit großer Mehrheit angenommen.

Die Abgeordneten Ute Apfelbeck, Jakob Auer, Dkfm. Ilona Graenitz, Dkfm. Dr. Otto Keimel und Dr. Johann Stippel sind somit gewählt.

Falls kein Widerspruch von seiten der Gewählten erhoben wird, nehme ich an, daß diese die Wahl annehmen. — Widerspruch wird nicht erhoben.

Damit ist auch diese Wahl vollzogen.

Wir kommen jetzt zur Wahl der Ordner.

Es liegt mir der Wahlvorschlag vor, die Abgeordneten Alois Huber, Heribert Steinbauer, Mag. Terezija Stoisits und Ing. Gerald Tychtl zu Ordnern zu wählen.

Ein Gegenvorschlag liegt nicht vor. Wir können daher auch in diesem Fall die soeben praktizierte Vorgangsweise anwenden.

Ich bitte jene Damen und Herren, die für diesen Wahlvorschlag sind, um ein Zeichen der Zustimmung. — Das ist einstimmig angenommen.

Falls kein Widerspruch von seiten der Gewählten erhoben wird, nehme ich an, daß auch diese mit der Wahl einverstanden sind. — Widerspruch wird nicht erhoben.

Damit ist die Wahl ebenfalls vollzogen.

4. Punkt: Wahl des Hauptausschusses

Präsident Dr. Fischer: Wir gelangen somit zum 4. Punkt der Tagesordnung: Wahl des Hauptausschusses.

Gemäß § 30 Abs. 1 der Geschäftsordnung wird die Zahl der Mitglieder des Hauptausschusses durch Beschluß des Nationalrates festgesetzt.

Präsident Dr. Fischer

Die Wahl erfolgt gemäß § 30 Abs. 2 und 3 der Geschäftsordnung aufgrund von Wahllisten, wobei von jeder Liste so viele Abgeordnete als gewählt gelten, wie es dem Verhältnis der Zahlen der Abgeordneten entspricht, die die einzelnen Listen unterfertigt haben. Für die Wahl ist die Reihenfolge auf dem Wahlvorschlag entscheidend.

Aufgrund eines mir zugekommenen Wahlvorschlages — dies ist auch in der Präsidialsitzung vorberaten worden — soll die Zahl der Mitglieder des Hauptausschusses mit 27 festgesetzt werden.

Ich ersuche jene Damen und Herren, die für diesen Vorschlag sind, um ein Zeichen der Zustimmung. — Das ist einstimmig angenommen.

Demnach entfallen gemäß § 30 Abs. 4 der Geschäftsordnung auf den Klub der Sozialistischen Partei Österreichs zwölf Mitglieder, auf den Klub der Österreichischen Volkspartei neun Mitglieder, auf den Klub der Freiheitlichen Partei Österreichs fünf Mitglieder und auf den Grünen Klub ein Mitglied.

Aufgrund der mir übermittelten Listen von den einzelnen Fraktionen sind somit folgende Abgeordnete als Mitglieder des Hauptausschusses gewählt:

vom Klub der SPÖ: Anton Brennsteiner, Dr. Josef Cap, Dr. Heinz Fischer, Dr. Willi Fuhrmann, Dkfm. Ilona Graenitz, Josef Hesoun, Dr. Peter Jankowitsch, Anton Leikam, Dr. Lothar Müller, Peter Schieder, Dr. Edgar Schranz und Ing. Gerald Tychtl;

vom Klub der ÖVP: Ing. Karl Dittrich, Walter Heinzinger, Hermann Kraft, Dr. Robert Lichal, Ing. Leopold Maderthaner, Dr. Heinrich Neisser, Dr. Alois Puntigam, Georg Schwarzenberger und Dr. Walter Schwimmer;

vom Klub der FPÖ: Dkfm. Holger Bauer, Hermann Böhacker, Dr. Norbert Gugerbauer, Peter Rosenstingl und Dr. Heide Schmidt;

vom Grünen Klub: Johannes Voggenhuber.

Damit ist die Zusammensetzung des Hauptausschusses festgelegt und auch dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

5. Punkt: Wahl von ständigen Ausschüssen des Nationalrates

Präsident Dr. Fischer: Wir kommen jetzt zum 5. Punkt der Tagesordnung: Wahl von ständigen Ausschüssen des Nationalrates.

Es liegt mir der Vorschlag vor, zunächst folgende ständige Ausschüsse einzusetzen:

Ausschuß für Arbeit und Soziales,

Budgetausschuß,

Finanzausschuß,

Immunitätsausschuß.

Die Entscheidung über die weiteren Ausschüsse wird zu einem späteren Zeitpunkt zu treffen sein.

Ich lasse nun über diesen Vorschlag abstimmen und bitte jene Damen und Herren, die sich dafür aussprechen, um ein Zeichen der Zustimmung. — Dies ist einstimmig angenommen.

Gemäß § 32 Abs. 1 der Geschäftsordnung setzt der Nationalrat die Zahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder jedes Ausschusses fest. Die Mitglieder und Ersatzmitglieder werden auf die parlamentarischen Klubs im Verhältnis der Zahl der ihnen angehörenden Abgeordneten verteilt.

Die Klubs haben die auf sie entfallenden Ausschußmitglieder und Ersatzmitglieder dem Präsidenten namhaft zu machen; diese gelten damit als gewählt.

Es ist nun für die erwähnten Ausschüsse folgende Zahl von Mitgliedern und Ersatzmitgliedern vorgeschlagen, deren Aufteilung auf die Fraktionen gemäß § 30 Abs. 4 der Geschäftsordnung errechnet wurde:

Für den Ausschuß für Arbeit und Soziales, den Budgetausschuß und den Finanzausschuß je 27 Mitglieder; davon entfallen auf die SPÖ je zwölf, auf die ÖVP je neun, auf die FPÖ je fünf Mitglieder und auf die Grünen je ein Mitglied und dieselbe Anzahl von Ersatzmitgliedern.

Für den Immunitätsausschuß 18 Mitglieder und 18 Ersatzmitglieder; davon entfallen auf die SPÖ acht, auf die ÖVP sechs, auf die FPÖ drei Mitglieder und auf die Grünen ein Mitglied und dieselbe Anzahl von Ersatzmitgliedern.

Ich bitte jene Damen und Herren, die mit den vorgeschlagenen Mitgliederzahlen einverstanden sind, um ein Zeichen der Zustimmung. — Ich danke Ihnen. Das ist einstimmig angenommen.

Die Namen der von den Klubs dem Präsidenten als Mitglieder beziehungsweise Ersatzmitglieder bekanntgegebenen und damit als gewählt geltenden Abgeordneten werden im Stenographischen Protokoll angeführt werden. (Siehe bitte S. 30 und S. 31.)

Die Tagesordnung ist damit erschöpft.

Präsident Dr. Fischer**Einlauf**

Präsident Dr. Fischer: Ich ersuche nunmehr die Frau Schriftführerin, Frau Abgeordnete Ute Apfelbeck, um die Verlesung des Einlaufes.

Schriftführerin Ute Apfelbeck:

„An den

Präsidenten des Nationalrates

Ich beehre mich mitzuteilen, daß der Herr Bundespräsident mit Entschliebung vom 9. Oktober 1990, Zl. 1005/15/90, die in der Sitzung des Ministerrates am 9. Oktober 1990 beschlossene Demission der Bundesregierung zur Kenntnis genommen hat und die Bundesregierung und die Staatssekretäre gemäß Artikel 74 Abs. 3 des Bundes-Verfassungsgesetzes vom Amte enthoben hat.

Gleichzeitig hat der Herr Bundespräsident mich und die übrigen Mitglieder der Bundesregierung gemäß Artikel 71 des Bundes-Verfassungsgesetzes bis zur Bildung einer neuen Bundesregierung mit der Fortführung der Verwaltung der bisher innegehabten Ämter und mich mit dem Vorsitz in der einstweiligen Bundesregierung betraut.

Ferner hat der Herr Bundespräsident auf meinen Vorschlag gemäß Artikel 70 Abs. 1 in Verbindung mit Artikel 78 Abs. 2 des Bundes-Verfassungsgesetzes die bisherigen Staatssekretäre neuerlich ernannt und sie mir beziehungsweise dem mit der Fortführung der Verwaltung betrauten Bundesminister für Finanzen wie bisher zur Unterstützung in der Geschäftsführung und zur parlamentarischen Vertretung beigegeben.

Vranitzky“

Präsident Dr. Fischer: Diese Mitteilung dient zur Kenntnis. Ich danke der Frau Schriftführerin.

Ich gebe noch bekannt, daß in der heutigen Sitzung die Anträge 1/A bis 7/A (E) und die schriftlichen Anfragen 1/J bis 3/J eingebracht worden sind.

Die nächste Sitzung des Nationalrates, die geschäftsordnungsmäßigen Mitteilungen und Zuweisungen dient, berufe ich in unmittelbarem Anschluß an diese Sitzung, also um 18 Uhr 33 Minuten, ein. — Ich bitte um ein paar Minuten Geduld. Wir brauchen nicht mehr lange.

Die jetzige Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 18 Uhr 32 Minuten**Verzeichnis der Ausschußmitglieder und Ersatzmitglieder laut den von den Klubs eingereichten Listen (Siehe bitte S. 29)****Ausschuß für Arbeit und Soziales****Mitglieder:**

S P Ö: Mag. Guggenberger, Hesoun, Eleonore Hostasch, Hums, Koppler, Nürnberger, Piller, Scheucher, Dr. Schranz, Seidinger, Helmuth Stocker, Gabrielle Traxler

Ö V P: Dr. Maria Fekter, Dr. Feurstein, Dr. Marilies Flemming, Dr. Hafner, Regina Heiß, Dr. Puntigam, Schwarzenberger, Dr. Schwimmer, Franz Stocker

F P Ö: Dolinschek, Edith Haller, Fischl, Meisinger, Dr. Helene Partik-Pablé

G r ü n e: Dr. Madeleine Petrovic

Ersatzmitglieder:

S P Ö: Grabner, Gradwohl, Kerschbaum, Mag. Elfriede Krismanich, Neuwirth, Adelheid Praher, Schmidtmeier, Mag. Waltraud Schütz, Hilde Seiler, Verzetnitsch, Wallner, Wolfmayr

Ö V P: Bayr, Dr. Ditz, Dipl.-Ing. Flicker, Edeltraud Gatterer, Kiss, Dr. Leiner, Dr. Schüssel, Schuster, Dr. Stummvoll

F P Ö: Gratzner, Mag. Haupt, Alois Huber, Mag. Peter, Ing. Reichhold

G r ü n e: Srb

Budgetausschuß**Mitglieder:**

S P Ö: Dr. Antoni, Hannelore Buder, Dietachmayr, Mag. Brigitte Ederer, Gaal, Ing. Gartlehner, Anna Huber, Kiermaier, Dr. Nowotny, Adelheid Praher, Ing. Ressel, Verzetnitsch

Ö V P: Bayr, Dr. Ditz, Dr. Feurstein, Dipl.-Ing. Dr. Fischler, Dr. Marilies Flemming, Dr. Keimel, Mag. Molterer, Dkfm. Mag. Mühlbachler, Dr. Taus

F P Ö: Dkfm. Holger Bauer, Böhacker, Dr. Gugerbauer, Rosenstingl, Mag. Schreiner

G r ü n e: Dr. Pilz

Ersatzmitglieder:

SPÖ: Dr. Johann Bauer, Hums, Kuba, Nürnberger, Parnigoni, Helene Pecker, Annemarie Reitsamer, Dr. Stippel, Helmuth Stocker, Gabrielle Traxler, Wolf, Wolfmayr

ÖVP: Fink, Kiss, Dr. Lackner, Dr. Lukesch, Hildegard Schorn, Dr. Schüssel, Schwarzböck, Steinbauer, Dr. Stummvoll

FPÖ: Gratzner, Haigermoser, Edith Haller, Mag. Peter, Ing. Reichhold

Grüne: Voggenhuber

Finanzausschuß**Mitglieder:**

SPÖ: Dr. Johann Bauer, Brennstainer, Eder, Mag. Brigitte Ederer, Dr. Kurt Heindl, Eleonore Hostasch, Kuba, Mrkvicka, Dr. Nowotny, Resch, Schmidtmeier, Wolf

ÖVP: Auer, Dr. Ditz, Dr. Lackner, Mag. Cordula Frieser, Dr. Keimel, Dkfm. DDr. König, Mag. Molterer, Schwarzböck, Dr. Taus

FPÖ: Mag. Peter, Böhacker, Rosenstingl, Mag. Schreiner, Dkfm. Holger Bauer

Grüne: Dr. Pilz

Ersatzmitglieder:

SPÖ: Achs, Elmecker, Grabner, Hesoun, Anna Huber, Dr. Jankowitsch, Koppler, Oberhaidinger, Parnigoni, Scheucher, Strobl, Gabrielle Traxler

ÖVP: Dipl.-Ing. Flicker, Dr. Graff, Dr. Feurstein, Dr. Lukesch, Dr. Mock, Dkfm. Mag. Mühlbacher, Dr. Schüssel, Ing. Schwärzler, Dr. Stummvoll

FPÖ: Mag. Haupt, Alois Huber, Meisinger, Mitterer, Klara Motter

Grüne: Wabl

Immunitätsausschuß**Mitglieder:**

SPÖ: Dr. Cap, Dr. Fuhrmann, DDr. Gmoser, Mag. Guggenberger, Dr. Elisabeth Hlavac, Marizzi, Schieder, Hilde Seiler

ÖVP: Auer, Fink, Dr. Khol, Kraft, Rieder, Dr. Schwimmer

FPÖ: Dr. Ofner, Alois Huber, Dr. Helene Partik-Pablé

Grüne: Voggenhuber

Ersatzmitglieder:

SPÖ: Dr. Antoni, Ing. Gartlehner, Gradwohl, Hofmann, Dr. Helga Konrad, Neuwirth, Mag. Posch, Roppert

ÖVP: Dr. Maria Fekter, Dr. Feurstein, Dr. Höchtl, Kiss, Dr. Mock, Hildegard Schorn

FPÖ: Dkfm. Holger Bauer, Mag. Barmüller, Dr. Frischenschlager

Grüne: Wabl